

LANDTAG INTERN

INFORMATIONEN AUS DEM LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

AUSGABE 9 • 38. JAHRGANG • 14. WAHLPERIODE • 19.9.2007

Schulstreit

Die SPD will das Gymnasium abschaffen, sagt die Koalition. Die Opposition kontert: Schwarz-Gelb will auf Biegen und Brechen den Samstagsunterricht einführen. Zwei kontroverse Themen aus den Schuldebatten.

S. 3-4

Haushalt

Von wegen Sparhaushalt – mehr Schulden! Rot-Grün lässt kein gutes Haar am Etatentwurf 2008 der Landesregierung. Die ihrerseits ist entschlossen, den Konsolidierungskurs fortzusetzen. Schwerpunktthema dieses Heftes.

S. 7-11

Mafiamorde

Sondersitzung im Innenausschuss: Hat es in der Zusammenarbeit zwischen deutscher und italienischer Polizei gehakt, hätten die Mafiamorde eventuell verhindert werden können? Suche nach Antworten.

S. 13

Eingeläutet – das Ringen um den Haushalt

Haushaltsp
22008



Foto: Schälte

Nordrhein-Westfalen
Westfalen

Inhalt

Inhalt/Kommentar	2
„Ganztag statt Samstag“	3
<i>Opposition fordert: Erlass zur Sechstageswoche zurücknehmen!</i>	
Kampf ums Gymnasium	4
<i>Fraktionen streiten über künftige Schulformen</i>	
„So wahrscheinlich wie Schnee in der Wüste“	5
<i>Koalition: Es bleibt beim Ausstieg – SPD: Bergbau weiter möglich</i>	
Investitionen ermöglichen	6
<i>Landtag debattiert über die Zukunft der Krankenhausförderung</i>	
„Haushalt der Erneuerung“	7-9
<i>Heftiger Schlagabtausch bei erster Lesung des Etatentwurfs für 2008</i>	
Schlag auf Schlag	10-11
<i>„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.</i>	
„KiBiz“ soll fliegen lernen	12
<i>Experten raten zur Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes</i>	
Mörderische Familienfehde	13
<i>Sondersitzung des Innenausschusses zur Duisburger Bluttat</i>	
„V-Mann-Affäre“ beschäftigt Landtag	14
<i>Ministerium verweist auf Parlamentarisches Kontrollgremium</i>	
Allen Optionen gegenüber offen	15
<i>Finanzausschuss beriet über mögliche Zukunft der WestLB</i>	
Nordrhein-Westfalen-Tag 2007	16-17
Aktuelles aus den Ausschüssen	18
Teure Sicherheit	19
<i>Debatte über Umsetzung der neuen EU-Hafenrichtlinie in NRW</i>	
Aus den Fraktionen	20-21
Das Für und Wider des Widerspruchs	22
<i>Experten zu Alternativen im Konfliktfall mit Behörden</i>	
Porträt: Josef Hovenjürgen (CDU)	23
FCL: Sieg mit einem verjüngten Team	23
Impressum	23
Geburtstage und Personalien	24

Lohnender Blick ins „Schicksalsbuch“

Das vornehmste Recht eines Parlaments ist es, über den Landeshaushalt zu beraten und zu beschließen. Die Kladder des Finanzministers ist das „Schicksalsbuch“ des Landes – ein ähnliches Wortbild. Aber es mag klingen, wie es will, es stimmt: Am Geldausgeben erkennt man Politik und die Schwerpunkte, die sie setzt. Am Geld entzündet sich der Streit.

Aber lohnt dieser Streit überhaupt? Ein neuer Landeshaushalt wird von der Landesregierung ausgearbeitet. Sie stützt sich in der Regel auf eine parlamentarische Mehrheit. Diese Mehrheit verteidigt im Plenum den Etatentwurf ihrer Regierung, kann ihn auch abändern. Oppositionsparteien, die ihre eigenen Vorschläge und Wünsche anmelden, haben wenig Erfolg: In den Ausschüssen, wo ihre Anträge meist in Bausch und Bogen abgelehnt werden, im Plenum, wo sie in den drei Lesungen überstimmt werden.

Noch etwas anderes kommt hinzu, das den souveränen Haushaltsgesetzgeber Landtag einengt. Das Land hat wenig Einfluss auf seine Einnahmen. Der Finanzminister ist darauf angewiesen, dass die Konjunktur gut läuft, dass die Wirtschaft Arbeitsplätze schafft und die Arbeitslosigkeit abnimmt. Während bei den Einnahmen weitgehend Unsicherheit herrscht, ist etwas anderes ganz sicher: Etwa neun Zehntel der Ausgaben liegen fest, sind „gesetzlich dauerhaft verbrieft“, wie es in der Debatte hieß.

KLARSTELLUNGEN

Warum also noch streiten? Über diese winzige freie Spitze, die es zu verteilen gibt? Das allein wäre nicht die Mühe einer Generaldebatte wert. Viel interessanter sind die Veränderungen, die Kürzungen oder Steigerungen, in denen sich die Gewichtung der aktuellen Politik abbildet. Mehr für Zukunftsaufgaben, weniger für Kohlesubventionen – allein daran kann sich eine lebhaft parlamentarische Debatte entzünden.

Wo gespart und wo draufgelegt wird, was die Opposition davon hält, das ist erhellend für die Bürgerinnen und Bürger. Das lässt Frontlinien erahnen, an denen der nächste Kampf um die Mehrheit im Lande verlaufen wird. So gesehen sind Haushaltsberatungen Informationsquellen erster Güte. Sie machen klar, wie sich die politischen Parteien aufzustellen gedenken im Kampf um die öffentliche Meinung. Dem Souverän, den Wählerinnen und Wählern, kann das nur recht sein: Klarheit erleichtert ihm die Wahl.

JK

„Ganzttag statt Samstag“

Opposition fordert: Erlass zur Sechstageswoche zurücknehmen!

Durch das von der Landesregierung geplante Modell „9+3“ kommt es an den Gymnasien zu einer Unterrichtsverdichtung. Damit die zusätzlichen Unterrichtsstunden im Stundenplan untergebracht werden können, will die Landesregierung den Schulen die Möglichkeit einräumen, den Unterricht am Samstag wieder einzuführen. Die Opposition beantragte „Ganzttag statt Samstag“ und forderte die Landesregierung auf, den Erlass für den Samstagsunterricht zurückzuziehen und die Ganzttagsschule weiter auszubauen.

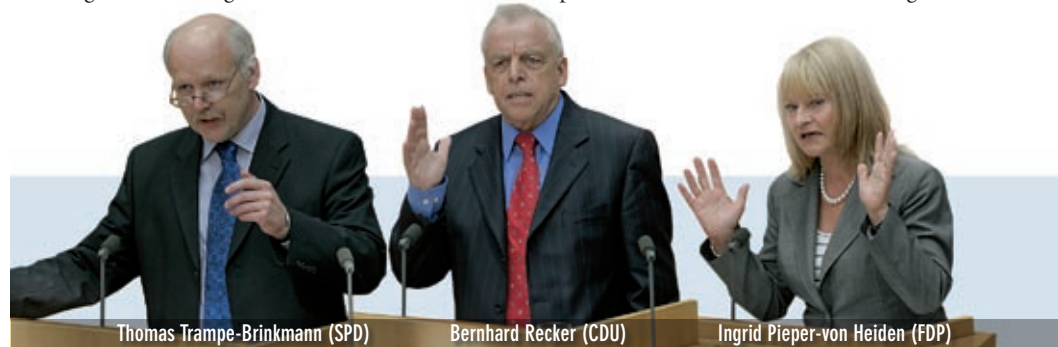
Ferndebatte: Sigrid Beer (GRÜNE)
vorne, Schulministerin Barbara
Sommer (CDU) hinten.

Fotos: Schälte

Sigrid Beer (GRÜNE) beglückwünschte Ministerin Sommer zu ihrem „schulpolitischen Kommunikations-GAU“: Die Schulpolitik sei für Städte und Kommunen längst zu einer Tragikomödie geworden. Die Schulträger müssten bei wieder eingeführtem Samstagsunterricht für Personal-, Energie- und Beförderungskosten der Schüler aufkommen – obwohl gleichzeitig die Mittel gekürzt worden seien. In diesem Zusammenhang werde noch einmal deutlich, dass die geplante Schulzeitverkürzung der Landesregierung nicht zu Ende gedacht sei. Als Argument gegen den Samstagsunterricht wies die Abgeordnete auch auf negative Folgen für das Familienleben hin.

Thomas Trampe-Brinkmann (SPD) schloss sich der Kritik an und bezeichnete das Vorhaben der Landesregierung als „organisierte Unverantwortlichkeit“: Mit dem Modell „9+3“ kämen die Schüler auf eine durchschnittliche Arbeitszeit von 45 Stunden in der Woche – und das nicht bei erwachsenen Menschen, „sondern Kindern im Alter von zehn und elf Jahren“. Für die Mehrbelastung habe sich die Regierung jedoch keine angemessene Lösung einfallen lassen, so konzentriere sie sich beim Ausbau der Ganzttagsschulen lediglich

auf Hauptschulen. Den anderen Schulen werde durch eine fehlende finanzielle Unterstützung der Weg zum Ganzttag verbaut. Anstelle einer



Thomas Trampe-Brinkmann (SPD)

Bernhard Recker (CDU)

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP)

adäquaten Regelung präsentiere die Landesregierung lediglich eine „Billiglösung“. In Anlehnung an eine alte Forderung der Gewerkschaften formulierte er den Wunsch vieler Eltern: „Am Samstag gehören die Kinder uns!“

Bernhard Recker (CDU) verteidigte den geplanten Erlass für den Samstagsunterricht: Die Schulzeitverkürzung sei bereits in der vorherigen Legislaturperiode beschlossen worden und folge

einer allgemeinen Entwicklung in den anderen Bundesländern. Es sei die CDU/FDP-Landesregierung gewesen, die den Ausbau der Ganzttagsschule zu einem zentralen bildungspolitischen Thema gemacht habe. Das Ziel müsse sein: Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Und das habe die Landesregierung gemacht. Die Maßnahmen der schwarz-gelben Landesregierung machten deutlich, wie wichtig das Thema Ganzttag sei. Die Forderung der Opposition, den Samstagserrlass zurückzuziehen, bezeichnete Recker als unsinnig: „Was wir wollen, ist den Schulen in Abstimmung mit den Kommunen eine größere Eigenverantwortung zu geben.“ Ob und wie dieses Angebot genutzt werde, liege ganz im Ermessen der Schulen und Kommunen.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) bezeichnete die Anträge der Opposition als „Ablenkungsmanöver“, um die Diskussion über die Ganzttagsschule wieder aufzufrischen. Dabei habe keine Landesregierung die Ganzttagsschule so intensiv ausgebaut, wie die neue schwarz-gelbe Landesregierung: Das zeige sich vor allem im Vergleich der getroffenen Maßnahmen mit denen der vorherigen Landesregierung. In Bezug auf den Samstagsunterricht gehe es darum, die Eigenverantwortlichkeit der Schulen zu stärken. Jede Schule solle für sich entscheiden, wie sie mit den erhöhten Wochenstundenzahlen umgehe und ob Samstagsunterricht Sinn mache.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) widersprach der Kritik der Opposition vehement: „Bei Bedarf Samstag – und Ganzttag sowieso“, fasste sie das Vorhaben der Landesregierung zusammen. Viele Eltern und Schüler sähen den Samstagsunterricht gar nicht als Problem an. Im Gegensatz zu entsprechenden Gesetzentwürfen der Vorgän-

gerregierung könnten die Schulen selber darüber entscheiden, ob, wie oft und an welchen Tagen sie Mehrunterricht einführen möchten. Mit dem Ausbau der Ganzttagsschulen gehe es der Landesregierung darum, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu ermöglichen, zusätzliche Bildungsangebote zu schaffen und mehr individuelle Förderung anzubieten. Mit 54 Millionen Euro seien bereits die Voraussetzungen für die Schulträger verbessert worden, erklärte die Ministerin. ■

Kampf ums Gymnasium

Fraktionen streiten über künftige Schulformen

Foto: Schälte

Wer macht rückwärtsgewandte Schulpolitik – SPD oder CDU und FDP? Darüber stritten die Fraktionen im Rahmen einer Aktuellen Stunde. Beantragt hatten die Debatte die beiden Koalitionsfraktionen CDU und FDP. Sie begründeten ihren Antrag damit, dass die Sozialdemokraten die Abschaffung der Gymnasien anstrebten. Das war das Thema – ergänzt wurde es von der Koalition mit dem Zusatz: „Unser Land braucht keine rückwärtsgewandte Schulstrukturdebatte“.

Hendrik Wüst (CDU) meinte, der SPD-Vorschlag Gemeinschaftsschule sei ein Griff in die Mottenkiste. Es sei tragisch, dass die Partei noch auf diesen alten Ladenhüter setze. Die SPD kümmerge sich nur um Systeme, statt um Schülerinnen und Schüler. „Wie war denn die Situation 2005, als Sie abgewählt wurden,“ fragte der Abgeordnete, „25 Prozent der Schüler und Schülerinnen konnten nicht richtig lesen, schreiben und rechnen.“ Das Land brauche jetzt keine Debatte über Schulstrukturen: „Ihre eigenen bildungspolitischen Experten sagen: Die Einheitsschule ist weder begründet noch vermittelbar.“ Die SPD wolle das Vertrauen in die bewährte Schulform Gymnasium – die beste Schulform – für ein sozialistisches Experiment untergraben. Die CDU sage dagegen: „Keine Experimente auf Kosten unserer Kinder!“

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP) wollte nicht zulassen, dass das „Elend Einheitsschule“ über die Schüler komme. „Wenn Ihr abstruser Schultraum Realität würde,“ rechnete sie der SPD vor, „dann müssten die Kommunen erst einmal ein Riesen-Investitionsprogramm auflegen, um Ihre Mammutschulen zu bauen. Unter 900 bis 1.000 Schülern funktioniert das nämlich nicht mit einem differenzierten Fächerangebot.“ Die Abgeordnete weiter: „Wir aber investieren nicht in Beton, sondern in Köpfe.“ Bei der Verbesserung von Bildungschancen gehe es darum, Schulen im bestehenden System zu stärken. „Mit Ihrem Wunschtraum – der Abschaffung des Gym-

nasiums und der Kreation der Einheitsschule – kleben Sie an der narrenhaften Vorstellung, alles würde besser, wenn die Kinder nur alle in eine gemeinsame Klasse gingen“, sagte die FDP-Politikerin. „Akzeptieren Sie endlich, dass es eine Menge Kinder gibt, die schneller voranmarschieren können als andere – und Kinder, mit denen man intensiv arbeiten muss.“

Ute Schäfer (SPD) bekräftigte, man wolle längere gemeinsame Lernzeiten. „Wir haben uns nach langer Diskussion mit vielen gesellschaftlichen Gruppierungen dafür entschieden“, betonte sie. Die Befürworter für einen Wandel mehrten sich. „Der notwendige gesellschaftliche Konsens wächst – und das auch in den Reihen der CDU. Die Menschen begreifen, dass es ungerecht und unsozial ist, Kinder mit zehn oder neun Jahren auf unterschiedliche Schulformen aufzuteilen“, erklärte die Abgeordnete. Hinzu komme, dass viele Kommunen in NRW berechnete Sorgen um den Erhalt eines wohnortnahen, qualifizierten Bildungsangebots hätten. „Horstmar und Schöppingen waren unter Federführung der CDU die Pioniere: Sie fordern eine Gemeinschaftsschule mit längeren gemeinsamen Lernzeiten bis zur siebten Klasse. Immer mehr Kommunen greifen diese Initiative auf, dafür braucht man keine Mammutschulen. In Ennigerloh beantragt die FDP sogar den Aufbau einer Gesamtschule und in Siegburg ist das die CDU.“ Das SPD-Angebot für eine pragmatische, orts- und stadtteilgenaue Lösung sei und bleibe die Gemeinschaftsschule.

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, forderte die Landtagsabgeordneten auf, ins münsterländische Schöppingen zu gehen. „Ich war dort. Da erleben Sie Eltern, Lehrer, Kommunalpolitiker, die sagen: Es ist uns egal, wie die Schule heißt. Wir wollen, dass unsere Kinder bestmögliche Abschlüsse erzielen und die Schule vor Ort bleibt. Das ist ein wichtiger Standortfaktor. In Schleswig-Holstein gibt es diese Gemeinschaftsschulen auch schon, fahren Sie hin. Einmal gesehen ist besser als fünfmal gelesen.“ Es gehe nicht darum, Schulen zuzumachen, sondern jede einzelne Schule weiter zu entwickeln. „Wir erleben im Moment, dass sich eine große Partei Gedanken macht, und wir erleben, dass eine andere große Partei das abblockt.“ Die Einführung einer Gemeinschaftsschule fänden die Grünen im Grundsatz richtig.

Schulministerin Barbara Sommer (CDU) wunderte sich: „Erst will die nordrhein-westfälische SPD die Hauptschule abschaffen, jetzt das Gymnasium und damit auch die Realschule. Was treibt Sie eigentlich dazu? Mit welchem Recht setzen Sie Ihre Ideologie über den Elternwillen?“ Das Gymnasium sei neben der Grundschule die beliebteste Schulform im Land. „Wollen Sie, dass die Eltern mit ihren Kinder künftig nach Rheinland-Pfalz, Hessen oder Niedersachsen fliehen, damit sie dort ein Gymnasium besuchen können? Ihre Politik ist eine Politik der Zerschlagung eines funktionierenden Schulsystems!“

„So wahrscheinlich wie Schnee in der Wüste“

Koalition: Es bleibt beim Ausstieg – SPD: Bergbau weiter möglich

„Nur eine theoretische Option“ ist nach Ansicht der Landesregierung die in der Berliner Kohlevereinbarung fest gehaltene Möglichkeit eines Ausstiegs aus dem Ausstieg. Diese so genannte Revisionsklausel ändere nichts daran, dass die Entscheidung über das Auslaufen der Steinkohlesubventionierung unumkehrbar ist, stellte Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) im Plenum fest. Widerspruch von der SPD: „Wir werden alles tun, um diese Option zu ziehen“, kündigte Norbert Römer an. Seine Fraktion unterstrich dies mit dem Eilantrag „Kein Bergmann fällt ins Bergfreie“ (Drs. 14/4894), der zusammen mit der Unterrichtung durch die Landesregierung erörtert wurde.

Wirtschaftsministerin Christa Thoben (CDU) blickte zurück auf das Eckpunktepapier, die Rahmenvereinbarung und den Erblastenvertrag – in allen drei Fällen sei es der Landesregierung gelungen, „gute Ergebnisse für unser Land zu erreichen“. Die Beschäftigten im Bergbau – auch die der ausdrücklich mit einbezogenen Bergbauspezialgesellschaften – hätten Klarheit gewonnen und Sicherheit erreicht. Den Unternehmen sei eine ausreichende Übergangszeit eingeräumt worden, und die Steuerzahler hätten Gewissheit erlangt, „dass die milliardenschweren Subventionen auslaufen und das Geld des Staates ganz auf die Zukunft konzentriert werden kann“. So bestehe die Chance, dass aus der einstigen Montanregion im Herzen Europas eine einmalige Metropolregion entstehen könne. Trotz aller Milliarden sei es nicht gelungen, die deutsche Steinkohle wettbewerbsfähig zu machen. Die nordrhein-westfälische Politik habe sich, weil es für die heimische Steinkohle keine Zukunft gebe, neu orientiert: „Wir wollen und werden das Land der neuen Chancen, das Talente, Technologien und Toleranz zum Markenzeichen entwickelt.“

Norbert Römer (SPD) bemängelte, auch diese dritte Unterrichtung der Landesregierung zur Steinkohle habe einen Erkenntnisgewinn für den Landtag „gleich Null“. Wozu also dieser „Zirkus“? Römer kannte nur zwei Erklärungen. Zum einen, meinte er, wolle sich die Landesregierung „ein Podium schaffen, um sich ein

weiteres Mal selbst zu feiern“. Zum anderen stelle das Ganze ein Ablenkungsmanöver der Landesregierung dar: „Sie wollen von Dingen ablenken, über die Sie den Landtag gerade nicht unterrichten wollen“, vermutete der Sprecher und nannte als Grund: Die Regierung sei mit ihren Zielen bei den Steinkohlehandlungen gescheitert. Sie sei mit ihren „Zerschlagungsplänen“ des so genannten „weißen“ Bereichs der RAG nicht durchgedrungen (Römer: „Ich bin froh darüber“) und sie habe nicht recht mit ihrer Behauptung, ab 2018 sei kein Bergbau mehr möglich. Darum wollte man mit Macht die Optionsklausel verhindern: „Damit konnten Sie sich nicht durchsetzen. Die Tür zu unseren heimischen Lagerstätten ist nicht verschlossen.“

Lutz Lienenkämper (CDU) qualifizierte diese Darstellung als „schräg und zum Teil falsch“. Er stellte richtig: „Wir steigen aus der subventionierten Steinkohleförderung aus. Wir erreichen den Ausstieg sozialverträglich und wir erreichen ihn so, dass NRW bis 2018 rund 1,5 Milliarden Euro spart. Wenn das kein Erfolg ist, weiß ich nicht, was ansonsten Erfolg genannt werden kann.“ Die Landesregierung habe in schwierigen Situationen kühlen Kopf bewahrt, Kurs gehalten und immer das Interesse des Landes – und seiner Menschen – vorangestellt. Sein Schluss: „Geld in die Industrien der Vergangenheit zu investieren, war gestern. Um es ganz ehrlich zu sagen: Das ist auch gut so!“

Dietmar Brockes (FDP) vermutete, die Sozialdemokraten glaubten selber nicht mehr an den Fortbestand des Subventionsbergbaus und nähmen das „Revisionsgedöns“ nicht mehr ernst. Die FDP sei zur Wahl mit der Botschaft eines sozialverträglichen Ausstiegs aus dem subventionierten deutschen Steinkohlenbergbaus angetreten – und sie habe Wort gehalten. Mit der CDU habe man einen „historischen Erfolg“ erzielt. Die SPD habe sich mit ihrem Festhalten an der Kohle und mit „kleinkarierter Partei- und Interessenpolitik“ gegen das Land und seine Menschen „versündigt“. Dass der Ausstieg gestoppt werden könnte, „das ist so wahrscheinlich wie Schnee in der Wüste“.

Reiner Priggen (GRÜNE) war der Überzeugung, eine sozialverträgliche Regelung wäre schon 2014 möglich gewesen. Dass es nun vier Jahre länger dauere, sei der Preis für den gefundenen Kompromiss. Die „theoretische“ Revisionsklausel fördere nicht den Ausstiegsprozess, sondern behindere ihn in seinen Augen. Denn jüngere Leute, die sonst andernorts ihre Berufschance suchen würden, könnten der Illusion nachhängen, „dass der Bergbau für sie langfristig noch eine Perspektive bietet“. Angesichts der Höhe des Landesbeitrags (Priggen: „Solange ich dem Landtag angehöre, haben wir noch nie Beschlüsse mit einer finanziellen Tragweite von 4,7 Milliarden Euro gefasst“) müsse er kritisieren, dass die Beschlusslage relativ dünn sei. Denn alle Kostenrechnungen basierten auf Modellrechnungen der RAG. „Dem Parlament liegt keine Stilllegungsplanung vor.“ ■

Protest der Bergleute

Foto: Schälte



Investitionen ermöglichen

Landtag debattiert über die Zukunft der Krankenhausförderung

Für mehr Transparenz in der Krankenhausförderung will die Landesregierung mit dem Krankenhausgestaltungsgesetz (Drs. 14/3958) sorgen. Der Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) hatte im vergangenen Monat Vertreter von Kliniken, Krankenkassen und Verbänden zur Anhörung in Sachen Gesetzentwurf eingeladen. Zuvor hatte Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) angekündigt, die im Gesetz vorgesehene Einzelförderung von Investitionsvorhaben über einen parlamentarischen Änderungsantrag auf eine Baupauschale für alle Krankenhäuser umzustellen. Einen „ungeheuerlichen Vorgang“ nannte das die SPD-Fraktion und machte die Krankenhauspolitik der Landesregierung zum Thema einer Aktuellen Stunde.

Heike Gebhard (SPD) warf dem Minister Wortbruch vor und forderte ihn auf, den Gesetzentwurf zurückzuziehen. „Sie tragen dafür Verantwortung, dass die Krankenhäuser seit mehr als eineinhalb Jahren keine Planungssicherheit mehr haben“, erklärte sie. „Die Krankenhäuser in unserem Land haben dringenden Investitionsbedarf. Die Investitionsprogramme sind in diesem Jahr so weit voran geschritten, dass sie nicht mehr zurückgenommen werden können.“ Die Abgeordnete verlangte, dass der Gesundheitsminister die Parlamentarier schnellstmöglich über den angekündigten Änderungsantrag zum Gesetz informieren müsse. Nur so könne eine „ordentliche parlamentarische Erörterung“ ermöglicht werden. Zugleich erklärte Gebhard: „Es ist untragbar, dass der Minister Laumann quasi dem Abgeordneten Laumann sagt: Platziere doch meinen Änderungsantrag im Plenum.“ Dieses Verfahren sei nicht akzeptabel.

Rudolf Henke (CDU) fragte die Oppositionsfraktion: „Was soll das?“ Er könne keinen ernsthaften Anlass für eine Aktuelle Stunde erkennen. „Wir befinden uns in einem geordneten Gesetzgebungsverfahren“, stellte der Abgeordnete richtig und wies Vorwürfe der SPD zurück, in diesem Jahr würden die Krankenhäuser leer

ausgehen. „Auch in 2007 stehen 170 Millionen Euro Landesförderung zur Verfügung“, hob er hervor. Der angekündigte Änderungsantrag sei ein ganz normaler Vorgang. „Weder die Geschäftsordnung des Landtags noch andere Ordnungen sehen vor, dass nur die Opposition Änderungsanträge stellen darf“, so Henke. Die Baupauschale sei eine deutliche Verbesserung der Förderpolitik, da durch die bisherige Einzelförderung lediglich zwölf Prozent der Krankenhäuser pro Jahr berücksichtigt würden.

Barbara Steffens (GRÜNE) bezeichnete die Pläne des Ministers als Zumutung. Durch seine Änderungspläne habe der Minister die Anhörung im Ausschuss ad absurdum geführt, denn die eingeladenen Experten hätten ihre Stellungnahmen zu einem längst überholten Gesetzentwurf abgeben müssen. „Die Situation ist verfahren. Jetzt muss nämlich der Ausschuss eine neue Anhörung durchführen. Die Experten müssen erneut Stellungnahmen abgeben und müssen wieder hierher kommen, wenn denn der Änderungsantrag vorliegt“, erklärte die Sprecherin der Grünen. Sie forderte Laumann auf, ein Gutachten zu den Folgen der geplanten Baupauschale in Auftrag zu geben und konkrete Änderungsentwürfe vorzulegen. „Natürlich haben Sie das

Recht, einen Antrag zu schreiben. Aber schreiben Sie ihn endlich“, meinte Steffens. Ihr Appell an den Minister: „Machen Sie keinen Blindflug!“

Dr. Stefan Romberg (FDP) erklärte, es müsse Schluss sein mit einem „System der Ungerechtigkeit“. Die rot-grüne Landesregierung habe bei ihrer Abwahl Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 660 Millionen Euro hinterlassen. Schon im Koalitionsvertrag hätten sich CDU und FDP darauf geeinigt, die Förderpraxis unbürokratischer zu gestalten. Ziel sei der Erhalt einer wohnortnahen und hochwertigen Gesundheitsversorgung. Dies könne nicht ohne Neuausrichtung der Förderung gelingen, unterstrich der Abgeordnete. „Wir wollen, dass die Herausforderungen der Zukunft nicht als Bedrohung wahrgenommen werden, sondern als Chance für die Krankenhäuser.“ Wie der Sprecher ausführte, werde die Pauschale einen Investitionsschub mit sich bringen: „Künftig können die Häuser innerhalb rechtlicher Rahmenbedingungen frei entscheiden, wie sie die Mittel verwenden.“

Gesundheitsminister Karl-Josef Laumann (CDU) zählte die Krankenhäuser zu den „wichtigsten öffentlichen Einrichtungen“. Seit einigen Jahren sei eine neue Situation entstanden, da die Häuser nach dem Willen des Bundesgesetzgebers nicht mehr nach Betten, sondern Fallzahlen finanziert werden. „Als ich Minister wurde, fand ich eine Förderung vor, die dieser Entwicklung aber nicht gerecht wurde.“ Ohne nachvollziehbare Gründe hätten einige Krankenhäuser eine 50-prozentige, andere eine 100-prozentige Förderung erhalten. „Deswegen habe ich entschieden, dass mein Name mit einer solchen Politik nicht verbunden wird“, stellte der Minister fest. Der Investitionsstau sei derart groß, dass er sich allein durch öffentliches Geld nicht mehr auflösen lasse. Mit der Pauschale könnten die Kliniken Investitionsvorhaben über Kredite finanzieren. Diese Förderung mit einem Volumen von 190 Millionen werde Investitionen in Höhe von zwei Milliarden Euro ermöglichen. ■

Erste Vernehmung ...

... im Parlamentarischen Untersuchungsausschuss „JVA Siegburg“: Das elfköpfige Gremium unter Vorsitz von Wolfgang Schmitz (CDU) hatte den früheren Direktor des Siegburger Gefängnisses, Dr. Wolfgang Neufeind (Foto), sowie seinen Stellvertreter Walter Neufeld zur ersten öffentlichen Sitzung geladen. Neufeind bezeichnete die Tat, bei der im November 2006 ein 20-jähriger Insasse von drei Mithäftlingen zu Tode gefoltert worden war, als „völligen Ausreißer“. Die Gewalt in der JVA Siegburg habe „im Vergleich zu anderen Anstalten eher unterdurchschnittliche Ausmaße“ erreicht. Gleichzeitig räumte er ein, dass die Personalsituation in Siegburg „immer sehr knapp“ gewesen sei. Deshalb mussten die Dienste an Wochenenden auch „stark zurückgefahren“ werden, so Neufeind.

Foto: Schälte



„Haushalt der Erneuerung“

Heftiger Schlagabtausch bei erster Lesung des Etatentwurfs für 2008

Gesamtausgaben von 50,8 Milliarden Euro umfasst der Haushaltsplanentwurf für 2008, den Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) zur ersten Lesung eingebracht hat (Drs. 14/4600). Der Entwurf sieht bei steigenden Steuereinnahmen eine Nettoneuverschuldung von 1,99 Milliarden Euro vor. Gleichzeitig wurde von den Abgeordneten das Gemeindefinanzierungsgesetz (Drs. 14/4602) beraten, das Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) vorstellte. Wie üblich nutzten die Oppositionsfraktionen die Debatte für eine Generalabrechnung mit der Politik der Landesregierung. Das Koalitionslager seinerseits sah angesichts der Schuldenlage des Landes keine Alternative zum eingeschlagenen Konsolidierungskurs.



Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU, vorn) und Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP)

Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) bekannte sich zum Abbau des Schuldenbergs in Höhe von 118 Milliarden Euro im Rahmen einer verantwortungsbewussten Haushaltspolitik. „Eine Konsolidierung ist machbar“, betonte der Minister. Dazu will er die Nettoneuverschuldung schrittweise auf Null reduzieren, die sei im kommenden Jahr noch mit zwei Milliarden Euro veranschlagt: „Das ist immerhin der niedrigste Stand seit dem Jahr 1977“, unterstrich Linssen und warnte davor, angesichts der gegenwärtigen guten Konjunkturlage die Konsolidierung des Landeshaushalts zu vernachlässigen: „Die Spendierhosen bleiben weiterhin im Schrank.“ Es gebe noch genügend strukturelle Haushaltsrisiken, so die Steigerung bei den Versorgungsausgaben. Die Zinsen für die aufgenommenen Landesschulden müssten auch nicht so niedrig wie im Moment bleiben. Für Investitionen im kommenden Jahr sind 4,7 Milliarden Euro vorgesehen, eine Steigerung von 3,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Mittel sollen vor allem der Finanzierung von Zukunftsaufgaben in den Bereichen Bildung, Familie und Wirtschaft zugute kommen. Linssen rief die Parlamentarier zur Unterstützung seiner Haushaltspolitik auf: „Wenn wir jetzt Kurs halten, können wir es schaffen, unser Land mit einer dauerhaft tragfähigen Finanzpolitik wieder nach vorne zu bringen.“

Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) begann seine Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes (GFG) mit „drei guten Nachrichten“: Der Steuerverbund sei mit 7,3 Milliarden zehn Prozent höher als 2007. Der Verbundsatz bleibe bei 23 Prozent, es gebe keine Abrechnungen mehr. Im Sinne des Schwerpunkts Bildungspolitik werde die bisherige Schulpauschale zur Schul- und Bildungspauschale weiterentwickelt und mit 540 Millionen Euro ausgestattet – 80 Millionen mehr als im Jahr zuvor. Der Minister räumte ein, dass die kommunale Finanzlage

immer noch angespannt sei, besonders in den 110 Städten und Gemeinden, „die sich ohne ein genehmigtes Haushaltssicherungskonzept in der vorläufigen Haushaltswirtschaft befinden.“ Was das Volumen des Steuerverbunds angehe, „so ist die Talsohle aus rot-grüner Regierungszeit endgültig verlassen“. Im kommenden Jahr stünden 7,3 Milliarden Euro zur Verfügung – 650 Millionen mehr als 2007. „Das ist wahrlich eine gute Botschaft für unsere Kommunen.“ Zusammenfassend stellte Wolf fest: „Das GFG 2008 ist transparent und fair abgewogen. Die Finanzausstattung der Kommunen wird sich durch die Zuweisungen des GFG 2008 erheblich verbessern.“

Hannelore Kraft, SPD-Fraktionsvorsitzende, hielt der Landesregierung einen „falschen Kurs für Nordrhein-Westfalen“ vor. Der Entwurf zeige die Widersprüche der Politik von Ministerpräsident Jürgen Rüttgers. So verspreche die Landesregierung mit dem Kinderbildungsgesetz (KiBiz) mehr Geld für Kinder, andererseits habe sie seit 2006 nicht weniger als 156,9 Millionen Euro bei den nordrhein-westfälischen Kindergärten gekürzt. „Die Kinder sind die Leidtragenden Ihres Schlingerkurses“, meinte sie zum Ministerpräsidenten und kritisierte, dass die Investitionen für den Ausbau der Ganztagsgrundschulen reduziert worden seien. „Sie erhöhen die Bildungspauschale und tun so, als gäbe es frisches Geld für die Schulen. Aber gleichzeitig senken sie die Investitionspauschale im Gemeindefinanzierungsgesetz ab, aus denen die Kommunen hauptsächlich ihre Schulen finanzieren.“ Das alles sei eine „Politik nach dem Prinzip: linke Tasche – rechte Tasche“. Der Finanzminister habe erneut sein Versprechen gebrochen, alle Mehreinnahmen vollständig in den Abbau der Neuverschuldung zu stecken. 500 Millionen Euro der erwarteten Steuereinnahmen sollten stattdessen zur Finanzierung höherer Ausgaben verwendet werden. Die Vorsitzende bescheinigte der Landesregierung: „Mit jedem Haushalt, den Sie verabschieden, wird klarer, dass Sie nicht halten, was Sie versprechen.“

Helmut Stahl, CDU-Fraktionsvorsitzender, sah die Haushaltspolitik der Landesregierung im Einklang mit den Menschen in NRW. Er fuhr fort: „Bis 2005 hat Rot-Grün Geld verbrannt. Die Menschen aber wollen, dass mit ihrem Geld sorgsam und solide umgegangen wird.“ Als Beispiel für eine verantwortungsbewusste Haushaltspolitik nannte er den Ausstieg aus der Steinkohlesubventionierung. Weitere Erfolge von Schwarz-Gelb: Unter Ministerpräsident Rüttgers seien 3.000 neue Lehrerstellen geschaffen worden. Jedes fünfte Kind unter drei Jahren in Nordrhein-Westfalen werde bald einen Betreuungsplatz in Anspruch nehmen können – zu Zeiten von Rot-Grün sei das nicht einmal jedes 35. Kind gewesen. Zum Landespersonalvertretungsgesetz sagte er: „Anders als in privatwirtschaftlichen Unternehmungen stoßen sich im staatlichen Hoheitsbereich die Gestaltungsrechte der Politik mit den Ansprüchen der öffentlich Bediensteten.“ Dann stellte er klar: „Wir sind Vertreter des Volkes. Personalvertreter – so wertvoll ihre Arbeit ist – sind Vertreter



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU)

ihrer Beschäftigungsgruppen.“ Am Ende zeigte sich Stahl überzeugt, dass die Bevölkerung des Landes den Konsolidierungskurs der Regierung trage: „Die Menschen wollen weiter den Weg der Erneuerung unseres Landes gehen – mit Jürgen Rüttgers, mit dieser Landesregierung, mit dieser Koalition der Erneuerung.“

Dr. Gerhard Papke, Fraktionsvorsitzender der FDP, sicherte dem Finanzminister „jede Form der Unterstützung“ beim Konsolidierungskurs zu. Er sagte voraus: „Wenn wir weiterhin so

Haushaltseckdaten (in Milliarden Euro)

	2008 (Haushaltentwurf)	2007 (inklusive Nachtrag)	2006 (Ist)
Haushaltsvolumen	50,8	50,1	47,8
Steuereinnahmen	41,1	39,9	37,0
Nettoneuverschuldung	1,99	2,34	3,24
Investitionen	4,67	4,52	4,35
Zinsausgaben	4,84	4,68	4,63
Personalausgaben	19,3	19,7	18,6

Quelle: Finanzministerium NRW



konsequent sparen, und sich die Konjunktur auch weiterhin so vorteilhaft entwickelt, dann gelingt uns ein ausgeglichener Haushalt vielleicht schon im Jahr 2010.“ SPD und Grüne hätten ein „haushaltspolitisches Trümmerfeld“ hinterlassen. „Wenn wir den Schuldenberg von 118 Milliarden Euro in 20-Euro-Scheinen aneinanderreihen, dann würde diese Strecke mit Sicherheit einmal von der Erde bis zum Mond und wieder zurückführen“, rechnete der FDP-Politiker vor. Den Vorschlägen der SPD erteilte er eine Absage, da es keine Vorschläge zur Gegenfinanzierung gebe. Papke verteidigte die Pläne, die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Betriebe im Zuge einer reformierten Gemeindeordnung Grenzen zu setzen: „Wir dürfen nicht weiter zulassen, dass Staatsbetriebe den mittelständischen Unternehmen im Land die Aufträge wegnehmen.“ Sein Versprechen am Schluss: „Die FDP steht auch zukünftig für Freiheit vor Gleichheit und Privat vor Staat.“

Sylvia Löhrmann, GRÜNE-Fraktionsvorsitzende, bescheinigte der Landesregierung, bereits nach zwei Regierungsjahren die Bodenhaftung verloren zu haben. Dem Ministerpräsidenten prophezeite sie: „Wenn Sie weiterhin eine Politik gegen die Mehrheit machen, dann werden Sie scheitern!“ Konzeptionslosigkeit allerorten: „Statt den geplanten Abbau der Mitbestimmung im öffentlichen Dienst zu überdenken, werden die Protestierenden beschimpft und verunglimpft“, erläuterte sie und fuhr fort: „Statt Ihr verkorkstes Kindergartengesetz zu überdenken, täuschen Sie die Öffentlichkeit mit unsauberen Rechenbeispielen und Vergleichsdaten.“ Obwohl der Entwurf Mehreinnahmen in Höhe von sieben Milliarden Euro vorsehe, würden den-

noch neue Schulden in Höhe von 2,6 Milliarden Euro in Anspruch genommen. „Sie sind mit der Koalition 2005 mit 110 Milliarden Euro gestartet. Jetzt sind Sie zwei Jahre danach schon bei fast 117 Milliarden angekommen“, wandte sich die Politikerin an den Finanzminister und fügte an: „Die Landesregierung hat mit der Politik der vergangenen Monate ihren Offenbarungseid gegenüber ihren Wahlversprechen abgelegt.“

Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU) war ganz anderer Meinung: „Wir können die ersten

Früchte unserer Anstrengungen ernten.“ Die Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen wachse so stark wie seit Jahren nicht mehr. Der Exportmotor laufe mit deutlich gestiegenen Ausfuhren rund. Vom Ausbau der Ganztagschulen bis hin zur fortgesetzten Verwaltungsmodernisierung fasste der Regierungschef die wichtigsten Reformvorhaben seiner Regierung zusammen. Kritik übte er an Plänen der nordrhein-westfälischen SPD zur Einführung einer Gemeinschaftsschule im Land: „Die Realisierung dieser Pläne würde bedeuten, dass hunderte Schulen ihre Türen schließen müssten und die bisherigen Real- und Gesamtschulen aufgelöst werden.“ Oppositionsführerin Kraft warf er vor, seine Regierungspolitik „durch Verdrehungen und Verfälschungen“ schlecht reden zu wollen. Zu möglichen Koalitionsüberlegungen der SPD mit der Linken auf Landesebene sagte Rüttgers: „Ich sehe keine linke Mehrheit in Deutschland. Auch nicht in Nordrhein-Westfalen.“ Zu Verkaufsplänen der angeschlagenen Westdeutschen Landesbank (WestLB) unterstrich er, dass man sich nicht unter Zeitdruck setzen lasse. Finanzminister Linssen werde weiter Gespräche mit Investoren führen. Die Interessen der Bank und des Finanzplatzes Nordrhein-Westfalen sollten dabei gewahrt bleiben.

Gisela Walsken (SPD) sah auch in diesem Haushalt keine der Ankündigungen von Schwarz-Gelb aus dem Herbst 2005, kurz nach Übernahme der Regierungsverantwortung, umgesetzt. Damals sei versprochen worden, jeden zusätzliche Steuereuro zum Schuldenabbau zu verwenden. Ein strikter Sparkurs sollte gefahren, Personal abgebaut werden. „All diese Sätze sind vergessen“, kritisierte die haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion

Einzeletats (in Milliarden Euro)

	2008	2007	2006
Landtag	0,092	0,093	0,095
Ministerpräsident	0,280	0,266	0,251
Innen	4,377	4,250	4,086
Justiz	3,321	3,222	3,164
Schule und Weiterbildung	12,668	12,627	12,580
Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie	5,277	5,192	5,129
Wirtschaft, Mittelstand und Energie	1,118	0,980	1,033
Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	0,758	0,766	0,907
Arbeit, Gesundheit und Soziales	2,964	3,115	2,801
Finanzen	1,778	1,765	1,760
Landesrechnungshof	0,037	0,036	0,036
Bauen und Verkehr	2,980	2,973	3,144
Generationen, Familie, Frauen und Integration	1,368	1,291	1,293
Allgemeine Finanzverwaltung	13,801	13,506	12,150

Fotos: Schälte



und nannte die Sätze, die stattdessen nach ihrer Ansicht den Haushalt kennzeichnen. Das sei zum einen das Kriterium „Konsumieren statt Konsolidieren“. Dann werde mit dem Etatentwurf der höchste Schuldenstand erreicht – „wer hier von Schuldenabbau redet, ist einfach nicht redlich.“ Dann gebe es ohne Zutun der Regierung acht Milliarden Euro mehr an Steuern; aber Schwarz-Gelb nutze dieses zusätzliche Potenzial nicht, um den Haushalt zu sanieren, Schulden abzubauen und ein politisches Zukunftskonzept vorzulegen. Dieser Haushalt, so Walsken am Schluss, sei ein Etat der „Koalition der Enttäuschung und der vergebenen Chancen“.

Hendrik Wüst (CDU) riet im Gegenzug, die Nettoneuverschuldung der letzten Haushalte von Rot-Grün gegen die der vier schwarz-gelben Haushalte zu legen: „Wir sind mit Ihrem Vermächtnis von sechs Milliarden Euro Nettoneuverschuldung drangekommen, heute sind es zwei Milliarden. Das sind veritable Zahlen, mit denen man arbeiten kann.“ Die SPD-Chefin Kraft lasse in ihrer Rede wieder dasselbe Muster erkennen. Wüst umschrieb es so: „Mit viel Getöse wird als Tiger gestartet und am Ende unsanft als Bettvorleger gelandet.“ Als Beispiele nannte der Abgeordnete die Haltung der SPD zur Steinkohle, die Unternehmenssteuerreform und die Position zum Aufbau Ost. Wenn man sich gegen die Folgen der Wiedervereinigung stelle, dann mache es auch durchaus Sinn, sich mit der Nachfolgepartei des SED/PDS zusammenzutun, ergänzte der Abgeordnete. Das neue Schulkonzept der Einheitsschule – der erste Versuch einer inhaltlichen Alternative – sei nichts als „alter Wein in neuen Schläuchen“. Das werde in ländlichen Bereichen ein Schulsterben auslösen, sagte Wüst voraus. „Alles, was Sie planen, sind Schulfabriken mit über 1.000 Schülern. Sie stehen für Schulfabriken. Wir stehen für individuelle Förderung und für wohnortnahe Schulversorgung, insbesondere im ländlichen Raum.“

Angela Freimuth (FDP) räumte ein, der Weg zur Konsolidierung sei mit diesem Haushalt nicht abgeschlossen, „aber wir haben einen ganz wichtigen und wesentlichen Schritt getan: Wir haben die Nettokreditaufnahme deutlich gesenkt. Wir sind wieder auf dem Niveau eines verfassungskonformen Haushalts. Das war zu Ihrer Zeit nicht mehr der Fall“, rief sie Rot-Grün ins Gedächtnis zurück. Zurzeit rede man darüber, ob

es einen ausgeglichenen Haushalt 2010 oder schon 2009 geben könne. Haushaltskonsolidierung sei ein mühsames Geschäft – angesichts der Tatsache, dass Rot-Grün 116 Milliarden Euro Schulden hinterlassen habe und in Anbetracht des Umstands, dass 98 Prozent der Ausgaben aufgrund dauerhafter rechtlicher Verpflichtungen gebunden seien. Konsolidierung sei auch kein Selbstzweck, denn jeder Euro, mit dem Schulden zurückgezahlt werden, mache langfristig mehr als einen Euro frei, „den unsere Kinder zukünftig ausgeben können“. Die Zukunft der Kinder haben bei FDP und CDU hohe Priorität, fügte die Abgeordnete an und betonte Bildung als Schwerpunkt im Haushalt. Die haushaltspolitische Sprecherin der Liberalen warb für ein Verschuldungsverbot in der Landesverfassung und einen neuen Investitionsbegriff, der nicht nur die Aufwendungen für Straßenbau, Infrastruktur und Krankenhäusern umfasst, sondern im Haushaltsrecht auch die Investitionen für Bildung und Ausbildung abbildet.

Ewald Groth (GRÜNE) warf der Koalition vor, trotz „gigantischer Mehreinnahmen“ stiegen die Schulden weiter an – auf 120 Milliarden Euro Ende nächsten Jahres. Der Abgeordnete wollte wissen: „Wo aber ist die versprochene Umkehr geblieben?“ Das Land falle wirtschaftlich zurück, derweil versuche Schwarz-Gelb, den Menschen einen Aufschwung zu suggerieren, obwohl NRW in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter den anderen Bundesländern zurückfalle. Die Wahrheit sei: „Es geht wirtschaftlich bergab, und die Schulden steigen weiter an.“ Die Regierung spare nicht, sondern nehme nur mehr ein. Und wenn sie spare, dann „nur auf Kosten anderer, der Kommunen und durch kontinuierliches Brechen von Wahlversprechen“. Der Abgeordnete wertete das so: Diese Landesregierung habe nach der Wahl 2005 blühende Landschaften versprochen „und ist jetzt in den Niederungen der Realpolitik gescheitert“. An die Koalition gewandt sagte er: „Sie haben die Situation des Landes durch eigenes Zutun jedenfalls nicht verbessert, sondern Sie haben sie verschlechtert.“ Statt eines Schullehens für alle Kinder würden die Schlachten der Vergangenheit geführt: „Das wird uns in Nordrhein-Westfalen nicht voranbringen.“

Rüdiger Sagel (fraktionslos) urteilte, der Haushaltentwurf sei sozialpolitisch und ökolo-

gisch nicht zu verantworten. „Sie machen eine knallharte Klientelpolitik“, meinte er zu CDU und FDP. Trotz gigantischer Mehreinnahmen steige die Verschuldung weiter an. Er forderte eine deutlich stärkere Umverteilung der Lasten und ein solidarisches Steuersystem. „Von tatsächlicher Haushaltskonsolidierung kann keine Rede sein“, so sein abschließendes Verdikt.

GEMEINDEFINANZIERUNGSGESETZ:
„NEUE FREIHEITEN“ ODER „RAUBZUG“?

Ralf Jäger (SPD) warf dem Innen- und dem Finanzminister vor, sie setzten ihren „Raubzug durch die Kassen der Kommunen unverfroren fort“ – und das, obwohl die Steuerquellen in NRW ohne eigenes Zutun sprudelten.

Rainer Lux (CDU) fand, die Koalition habe mit dem GFG unter Beweis gestellt, dass sie ein „verlässlicher Partner der Kommunen“ sei. Die verteilbare Finanzausgleichsmasse steige im Vergleich zum Vorjahr um 650 Millionen Euro bei gleichzeitiger Beibehaltung des Verbundsatzes von 23 Prozent.

Horst Engel (FDP) betonte, der Entwurf biete den Kommunen neue Freiheiten. Insgesamt werde der schon mit dem GFG 2006 und 2007 eingeschlagene Erfolgskurs fortgeführt: „Vorrang für Schlüsselzuweisungen, Steigerung der Investitionspauschalen und Konstanz bei den Sonderpauschalen.“

Horst Becker (GRÜNE) bescheinigte der Regierung kommunalfeindliches Verhalten: „Adiere ich die strukturellen Effekte und Lastenverschiebungen aus den letzten Jahren mit dem, was Sie für das GFG 2008 vorsehen, kommen wir strukturell für jedes Jahr in der Summe auf 1,1 Milliarden Euro, die Sie den Kommunen entziehen.“

Daten zur Gemeindefinanzierung

(in Klammern Veränderung gegenüber Vorjahr/
Angaben in Euro)

Zuweisungen 7,3 Milliarden (+650 Millionen)

Schlüsselzuweisungen 6,3 Milliarden (+560 Millionen)
davon für

- Gemeinden 4,9 Milliarden
- Kreise 737 Millionen
- Landschaftsverbände 617 Millionen

Schulpauschale/Bildungspauschale 540 Millionen
(+80 Millionen gegenüber bisheriger Schulpauschale)

Investitionspauschalen 454 Millionen (+6,5 Millionen)

Pauschale Bedarfszuweisungen 24,5 Millionen
(+2,1 Millionen)

Sportzuweisungen 50 Millionen (unverändert)

Verbundsatz 23 Prozent (unverändert)

Schlag auf Schlag

„Landtag intern“ macht den Aufschlag, die Abgeordneten retournieren.



Volkmar Klein (CDU)



Gisela Walsken (SPD)

**Der finanzielle Handlungs-
spielraum des Landes ...**

... wurde von rot-grünen Landesregierungen hemmungslos verzehrt. Wir erzielen große Fortschritte, Geld für Begehrlichkeiten haben wir aber nicht.

... ist so groß, wie schon seit Jahren nicht mehr: Fast sechs Milliarden Euro zusätzliche Steuereinnahmen seit 2006.

**Knapp zwei Milliarden neue
Schulden in 2008 ...**

... bedeuten – anders als es unter Rot-Grün zuletzt die Regel war – die Einhaltung der Kreditverfassungsgrenze, sind aber immer noch zwei Milliarden Euro Generationenungerechtigkeit zu viel.

... machen erneut deutlich, dass der Finanzminister sein Versprechen „Jeder zusätzliche Steuer-Euro wird in den Schuldenabbau gesteckt“ längst gebrochen hat.

**Personalausgaben in Höhe
von über 19 Milliarden Euro ...**

... müssen künftig, anders als früher, solide finanziert werden.

... sind eine große Summe, die in unserem Land 370.000 Arbeits- und 32.000 Ausbildungsplätze sichert.

**Die sprudelnden Steuereinnah-
men sollten genutzt werden, ...**

... um Verschuldung zu reduzieren, egal ob ausgewiesene Kreditmarktschulden oder weniger sichtbare Verschuldung durch bisher ungedeckte Pensionszusagen.

... um die Verschuldung zurückzuführen und um in die Zukunft des Landes zu investieren: Nur die schwarzgelbe Landesregierung folgt dem Motto „Konsumieren statt Konsolidieren“.

**Das Land stattet seine
Kommunen finanziell ...**

... im Rahmen seiner Möglichkeiten verlässlich aus und überweist deutlich steigende Beträge an Städte und Gemeinden.

... schlecht aus: In den vergangenen zwei Jahren hat die Landesregierung den Städten und Gemeinden über 500 Millionen Euro an zusätzlichen Lasten aufgebürdet.

**Die Losung „Privat vor Staat“
ist in meinen Augen ...**

... ist für mich ein anderer Ausdruck für das Subsidiaritätsprinzip, dem Kern sozialer Marktwirtschaft.

... genau so falsch wie die Ideologie der Linkspartei „Staat statt Privat“.

Die Zukunft der WestLB ...

... muss von ihren Eigentümern im Interesse des Landes und seiner Menschen gesichert werden, wobei es unverantwortlich wäre, nicht alle Optionen zu prüfen.

... sichern heißt: Der Ministerpräsident soll schnell handeln, um eine Lösung mit den Sparkassenverbänden im öffentlich-rechtlichen Bankensektor zu finden. Nur so sind die Arbeitsplätze in Düsseldorf und Münster zu sichern.

**„Spare in der Zeit, so hast du in
der Not“ – diese Volksweisheit ...**

... ist von früheren rot-grünen Landesregierungen in der Vergangenheit sträflich vernachlässigt worden.

... sollte sich der Finanzminister in sein Büro hängen, um sie täglich vor Augen zu haben.

**Ein „ehrlicher Kaufmann“
ist für mich ...**

... eine gute Beschreibung für das finanzpolitische Leitbild der CDU im Düsseldorfer Landtag.

... ein Finanzminister, der seine Zahlen nicht frisiert.

**Als NRW-Finanzminister
würde ich zuallererst ...**

Der amtierende Finanzminister macht alles richtig.

... das Gespräch mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Finanzministeriums suchen. Sie wissen am besten, welche Gestaltungsmöglichkeiten der Haushalt bietet.

Diesmal sind es die finanzpolitischen Sprecherinnen und Sprecher der Fraktionen.

Angela Freimuth (FDP)



... ist leider nicht so groß, um alles Wünschenswerte zu realisieren. Ziel der Konsolidierung ist, finanzielle Gestaltungsoptionen im Interesse nachfolgender Generationen zurückzugewinnen.

... sind leider noch nicht zu vermeiden. Ziel ist aber, künftig keine neuen Schulden mehr aufzunehmen und bestehende Schulden zurückzuzahlen.

... sind ein großer Kostenblock. Eine strukturelle Haushaltskonsolidierung verlangt deshalb auch eine Senkung der Personalausgaben. Dabei wollen und müssen wir die Beschäftigten mitnehmen.

... um die Rekordverschuldung abzubauen. Weil jeder Euro nicht gezahlte Kreditzinsen für Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen investiert werden kann.

... im Rahmen des Möglichen angemessen aus. Wichtig wäre aber eine grundlegende Neuregelung der Finanzbeziehungen Bund-Länder-Kommunen, mit klaren Kompetenzverteilungen und Finanzierungsrechten.

... ordnungspolitisch richtig. Der Staat sollte nur übergeordnete Interessen des Gemeinwohls regeln und wo Solidarität gegenüber Schwachen ein staatliches Handeln erforderlich macht.

... ist augenblicklich vielfach diskutiert und im Interesse des Finanzplatzes NRW von den Eigentümern gemeinsam zu gestalten.

... lässt sich leider nicht 1:1 auf den öffentlichen Haushalt übertragen. Wir müssen unsere Haushalte so gestalten, dass wir nur das ausgeben können, was wir auch einnehmen.

... eine Persönlichkeit mit folgenden Eigenschaften: Gestaltungswillen, Realismus, Aufrichtigkeit, Verlässlichkeit und Verantwortung.

... würde ich das Parlament bei den Haushaltsberatungen 2008 mit allen Informationen unterstützen und um Zustimmung zum Etatentwurf und zur Konsolidierungsstrategie werben.

Ewald Groth (GRÜNE)



... muss genutzt werden, um NRW zu einem sozial-ökologischen Land der Zukunftschancen umzubauen. Bildung und Forschung sind Garanten unseres zukünftigen wirtschaftlichen Erfolgs.

... sind eine Ohrfeige für die, die eine Wende in der Haushaltspolitik versprochen und trotz Mehreinnahmen in Höhe von 7,2 Milliarden Euro gegenüber 2004 heute immer noch neue Schulden machen.

... sind der Preis für harte Arbeit der Beschäftigten im Landesdienst. Wer dies angesichts steigender Kosten finanzieren will, muss sagen, worauf er künftig verzichtet oder woher er frisches Geld bekommt.

... zur Haushaltssanierung, für Kinderbetreuungsplätze, ein Mittagessen für alle Schulkinder, den Ausbau der Ganztagsangebote, sowie die Schaffung von Studienplätzen.

... nur dürftig aus. Das Abwälzen von Kosten zum Beispiel bei Krankenhäusern und der Kinderbetreuung sowie das Stehlen von Steueranteilen raubt den Kommunen jährlich über 500 Millionen Euro.

... eine neoliberale Kampfpapierrolle der FDP und CDU. Dahinter verbirgt sich in Wahrheit, dass die Gemeinschaft die Defizite verwalten soll und die Gewinne an Einzelne gehen.

... ist nur im Einklang aller Eigner zu gestalten, damit Kunden und Personal nicht verloren gehen. Weder der Verkauf an einen Privaten noch die Zerstörung des Sparkassengeschäfts helfen hier weiter.

... ist die Grundlage für unseren grünen Vorschlag für eine Schuldenbremse nach schweizerischem Vorbild und widerspricht starren Schuldenverboten.

... einer der eingesteht, dass 2008 die Nettoneuverschuldung gegenüber 2007 um 300 Millionen Euro ansteigt, obwohl er die höchsten Steuereinnahmen aller Zeiten hat.

... auf Bundesebene um die Reform der Grund-, Erbschafts- und Vermögenssteuer sowie um zukunftsfähige föderale Finanzbeziehungen kümmern, damit NRW mehr Eigenverantwortung in Finanzfragen erhält.

Schlag auf Schlag

Idee und Umsetzung:
Jürgen Knepper und
Axel Bäumer

„KiBiz“ soll fliegen lernen

Experten raten zur Überarbeitung des Kinderbildungsgesetzes

Die Kritik am Regierungsentwurf zum Kinderbildungsgesetz, kurz KiBiz, (Drs. 14/4410) will nicht abreißen. „Wir Abgeordnete bekommen zahlreiche Zuschriften, es wurden tausende Unterschriften gesammelt. Wir müssen uns mit KiBiz wohl noch beschäftigen“, lautete die Erkenntnis von Andrea Milz (CDU), Vorsitzende des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration. Und so waren jetzt über 50 Experten gefragt, den Fachpolitikern von drei Ausschüssen (Familie, Kommunales, Schule) ihre Sicht der Dinge zu erläutern.

Foto. Schälte

Dabei war im Plenarsaal von dem Anfang des Jahres ausgehandelten Konsens nur noch wenig zu spüren. Gleichwohl: Das Ziel, die Grundlagen im Elementarbereich neu zu gestalten, das Land dauerhaft an der Finanzierung des Betreuungsausbaus zu beteiligen und die Entlastung insbesondere kirchlicher Träger, stößt nicht nur bei den kommunalen Spitzenverbänden auf Zustimmung – wenigstens in der Theorie. Und wäre es beim Anfang des Jahres ausgehandelten Konsens geblieben – für den Minister Armin Laschet (CDU) ausdrücklich gelobt wurde –, hätten sich die Einwände wohl in Grenzen gehalten. Hätte, könnte, sollte... Dass sich „sowohl Referenten- wie auch der jetzt diskutierte Regierungsentwurf in vielen Punkten vom Konsens entfernen“, brachte Kommunen, freie Wohlfahrtsverbände, Kirchen und Eltern in der Anhörung gleichermaßen in Wallung.

Warum sehe das Gesetz eine Finanzierung per Pauschale pro Kind vor? Im Konsens habe man doch eine Gruppenpauschale mit Auf- und Abschlägen vereinbart. Außerdem seien die Zuschüsse nicht mehr an die Öffnungs-, sondern an die realen Betreuungszeiten gekoppelt. Damit, so die einhellige Einschätzung, sei eine sichere finanzielle Planung nicht mehr möglich, Einnahmeverluste vorprogrammiert. Auch, so die Befürchtung vieler Sachverständigen, sei eine Deckelung der Landesmittel für die Betreuung der Drei- bis Sechsjährigen nicht

ausgeschlossen. Tenor: Das Land lade die finanziellen Risiken bei den Trägern ab. Mit der Konsequenz, dass sie sich im Zweifel aus der Trägerschaft verabschieden.

Auch die steigenden Elternbeiträge machten den Experten Sorgen. Dadurch würden gerade finanzschwache Familien gedrängt, weniger Betreuungszeit in Anspruch zu nehmen, sich privat zu organisieren. Ein Problem, das nicht nur Eltern sondern gerade auch finanzschwache Kommunen treffe, die ja im Zweifel die Beiträge für bedürftige Familien übernehmen müssten, gleichzeitig aber die fixen Personalkosten zu tragen hätten. Was dann bleibe: Eine Reduzierung der Öffnungszeiten, weniger Personal. Beides, so die Warnung, schade den Kindern.

AUSFÜHRUNGSBESTIMMUNGEN

Erstmals in der Kritik: die Familienzentren. Konkret die Beschränkung des Gütesiegels „Familienzentrum“ auf 3.000 Einrichtungen. Dabei würden die dort als zusätzlich beschriebenen Leistungen doch auch in vielen Kindertagesstätten erbracht. Einige fürchteten um die Entwicklungsmöglichkeiten der „normalen“ Kindertagesstätten. Für andere ist die Deckelung schlicht wettbewerbsverzerrend und damit unzulässig. Ebenfalls in der Kritik: die Förderregeln für behinderte Kinder.

Vieles, so die Experten, sei auch bisher kaum zu beurteilen. Das Gesetz selbst sei an vielen Stellen „sehr schlank“, die Ausführungsbestimmungen bisher nicht bekannt, vom Ministerium lediglich mit den kommunalen Spitzenverbänden diskutiert. Da „muss noch mehr Fleisch dran“, waren sich die Fachleute einig. An welchen Stellen, dazu hatten die Experten gleich kiloweise Vorschläge mitgebracht: Unter anderem ging es um die Rolle und Rahmenbedingungen der Tagespflege, die Zusammenarbeit mit Schule und Jugendhilfe, Sprachförderung und Bildungskonzepte – vor allem aber die Verlässlichkeit der Finanzierung. Vorschläge, die – so die Zusage aus der Politik – mit allen Beteiligten diskutiert werden sollen.

„Machen Sie keine Experimente zu Lasten der Kinder“, mahnte ein Experte in Anspielung auf ein CDU-Plakatmotiv zur Schulpolitik an. Seine Sitznachbarin fasste zusammen: Viele der Probleme könne man sicher organisatorisch lösen. „Lassen Sie uns die so wichtigen Ausführungsbestimmungen im Konsens gemeinsam erarbeiten, damit der ‚KiBiz‘ eine Chance bekommt, fliegen zu lernen!“

Auswerten wollen die Fachpolitiker die Ergebnisse der Anhörung in ihrer Sitzung am 11. Oktober. Eine Woche später, am 18. Oktober, findet voraussichtlich die abschließende Beratung im Ausschuss statt. Die zweite Lesung im Plenum könnte noch Ende Oktober vorgenommen werden.

vok

Mörderische Familienfehde

Sondersitzung des Innenausschusses zur Duisburger Bluttat

Weit über 500 Hinweise sind bei der Polizei eingegangen, die ermittelt nach wie vor „in alle Richtungen“. Auch wenn sich der Ermittlungsschwerpunkt unverändert auf die Annahme stützt, dass der Sechsfachmord von Duisburg Teil einer Fehde zwischen zwei verfeindeten Familienclans aus dem kalabrischen San Luca ist. Mittlerweile hat sich ein dringender Tatverdacht gegen einen 28-jährigen Italiener aus Kaarst ergeben. Dies wertete Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) als „wichtigen kriminalistischen Teilerfolg“, auch wenn der Verdächtige weiterhin auf der Flucht ist. Die Opposition hingegen kritisierte die Kooperation zwischen deutschen und italienischen Ermittlungsbehörden als unzureichend.

120 Kräfte einer so genannten „Besonderen Aufbauorganisation“ der Polizei Duisburg sind derzeit mit der Ermittlungsarbeit im Mafia-Mordfall betraut. Diese werden zusätzlich von Beamten des Landes- und Bundeskriminalamtes (LKA, BKA) unterstützt. „Ich habe mich vor Ort von der hohen Professionalität und dem ungeheuren persönlichen Einsatz und Engagement der Mordkommission überzeugen können“, berichtete der Minister. Wegen der Vielzahl von Hinweisen sei es eine „wahre Sisypusarbeit“. Wolf zeigte sich zuversichtlich, dass die Ermittlungen der Duisburger Polizei sowie die vertiefte Zusammenarbeit mit italienischen Behörden zu einer erfolgreichen Aufklärung der Tat führen wird. Dies könne auch ein Impuls für eine künftig noch intensivere Kooperation mit der italienischen Polizei sein.

Lob und Dank in Richtung der Polizeibeamten äußerte auch Horst Engel (FDP). Seine ursprüngliche Besorgnis eines unzureichenden Informationsaustauschs zwischen deutschen

und italienischen Behörden sei in Anbetracht der bisherigen Ermittlungsergebnisse offenbar unbegründet.

ZUSAMMENARBEIT

Das sah Dr. Karsten Rudolph (SPD), dessen Fraktion die Sondersitzung beantragt hatte, anders: Die Zusammenarbeit zwischen deutscher und italienischer Polizei bezeichnete er als „asymmetrisch“. Rudolph: „Ich habe den Eindruck, die italienischen Behörden sind den deutschen Behörden immer ein bis zwei Wochen voraus.“ Offensichtlich habe es erst zu einer solch fürchterlichen Bluttat kommen müssen, um die Polizei hierzulande in Alarmbereitschaft zu versetzen. Sein Fraktionskollege Ralf Jäger wollte zudem wissen, ob in einem Dossier der italienischen Polizei, das bereits Ende Juni dem BKA zugeleitet wurde, eine „Zieldatei über gefährdete Personen in Deutschland“ enthalten war, in der auch Namen der späteren Mordopfer aus Duisburg auftauchten. Der Minister verweigerte dazu eine Antwort mit dem Hinweis, dass der Inhalt des Berichts auf Wunsch der italienischen Behörden geheim zu halten sei.

Die innenpolitische Sprecherin der Grünen, Monika Düker, wollte wissen, ob die Mafia von den deutschen und nordrhein-westfälischen Behörden jahrelang unterschätzt worden sei. Sie fragte auch, ob die Duisburger

Tat zu einer veränderten Lageeinschätzung bei den Ermittlungsbehörden geführt habe.

„Nichts Tadelnswertes“, vermochte Carl Heinrich von

Bekämpfung von Organisierter Kriminalität in NRW

Nach Angaben des Innenministeriums sind in NRW insgesamt 700 Spezialisten im Landeskriminalamt und in 16 Polizeipräsidien mit der Bekämpfung von Organisierter Kriminalität (OK) betraut. Im Jahr 2006 ermittelte die Polizei 791 Tatverdächtige in 67 Verfahren mit über 3.500 Straftaten und beschlagnahmte acht Millionen Euro illegale Gelder. In den hochkomplexen OK-Verfahren ziehe die Polizei alle Register. Dazu gehörten unter anderem

- verfahrensunabhängige Finanzermittlungen zum Aufspüren kriminell erlangter Vermögen sowie
- so genannte Vertrauenspersonen im kriminellen Milieu und verdeckt ermittelnde Polizeibeamte.

Bauer, Abteilungsleiter beim Innenministerium, an der Arbeit der Ermittlungsbehörden zu erkennen. Auch die Zusammenarbeit mit den italienischen Kollegen beschrieb er als „sehr gut und sehr schnell“. Allein die Tatsache, dass die Duisburger Polizei bereits in der Tatnacht von drei italienischen Beamten am Tatort unterstützt worden ist, widerspreche dem Vorwurf einer schlechten deutsch-italienischen Kooperation.

Zu der Frage nach einer veränderten Gefährdungslage zitierte von Bauer aus zwei Berichten. So heißt es in einer Gefährdungsbewertung der italienischen Polizei vom 21. August, dass „nach einem derart tragischen Blutbad nicht ausgeschlossen werden kann, dass in Kürze ein Racheakt der verfeindeten Familie der ‘Ndrangheta (Vereinigung der kalabresischen Mafia) durchgeführt wird. Wo und wie ein solcher Racheakt stattfindet, kann zurzeit nicht eingeschätzt werden.“ Zu einer ähnlichen Einschätzung gelangte auch das LKA. In einem Bericht vom 27. August heißt es: „Eine Fortsetzung der gewalttätigen Auseinandersetzung zwischen den genannten Familienclans erscheint wahrscheinlich. Aktuell bestehen keine Erkenntnisse zu konkreten Tatopfern, Tatörtlichkeiten oder zu einem Tatzeitraum.“ ax

Das Tatgeschehen

In der Nacht vom 15. auf den 16. August wurden nach einem Hinweis einer Passantin in Duisburg-Neudorf vor einer italienischen Pizzeria sechs durch Schüsse getötete beziehungsweise tödlich verletzte Männer im Alter zwischen 16 und 38 Jahren aufgefunden. Alle Männer hatten zahlreiche Schussverletzungen, unter anderem auch im Kopfbereich. Die eingesetzten Notärzte stellten den Tod von fünf Männern fest, eine weitere Person verstarb trotz Wiederbelebungsversuche noch am Tatort. Alle Opfer waren italienische Staatsbürger.

Minister Wolf (r.) und Abteilungsleiter von Bauer (l.)

Foto. Schälte



„V-Mann-Affäre“ beschäftigt Landtag

Ministerium verweist auf Parlamentarisches Kontrollgremium

Der Nachfragebedarf in der Affäre um einen ehemaligen V-Mann des Verfassungsschutzes war groß. Dabei hatte NRW-Innenstaatssekretär Karl Peter Brendel schon zu Beginn der Debatte im Innenausschuss (Vorsitz Winfried Schittges, CDU) deutlich gemacht, dass das Ministerium aus verfassungsrechtlichen Gründen keine Detailfragen beantworten kann. Diese könnten ausschließlich im Parlamentarisches Kontrollgremium des Landtags (PKG, siehe Kasten) erörtert werden. Das wollten SPD und Grüne so nicht hinnehmen, der Minister und seine Beamten „mauerten“.

Zum Hintergrund: Nach Medienberichten soll der NRW-Verfassungsschutz einen V-Mann, der in der ostwestfälischen Neonazi-Szene operierte, vor Strafverfolgung gedeckt und weiter beschäftigt haben. Der wegen Drogenhandels, Körperverletzung und Nötigung mehrfach vorbestrafte Sebastian S. soll auch während seiner Tätigkeit für den Verfassungsschutz wiederholt straffällig geworden sein. Derzeit sitzt der 27-Jährige in Bielefeld in Untersuchungshaft.

Doch damit nicht genug: Bereits Monate vor der Festnahme von Sebastian S. soll sein Telefon polizeilich abgehört worden sein. Teile der Abhörprotokolle sollen nun versehentlich in eine Gerichtsakte gelangt sein, wodurch diese – so die Medienberichte weiter – unter anderem auch von einem der rechten Szene nahe stehenden Rechtsanwalt eingesehen werden konnten. Sicherheitsbehörden äußerten die Befürchtung, dass dadurch etliche V-Leute in der rechten Szene enttarnt worden sein könnten. Diese schwebten jetzt womöglich in Lebensgefahr, da Racheakte aus der gewalttätigen Szene drohten.

Die Reaktion des Ministeriums ließ nicht lange auf sich warten: Schon Ende August hatte Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) den Vorwurf, der Verfassungsschutz schütze schwerkri-

minelle V-Leute vor Strafverfolgung, vehement zurückgewiesen. In der Sitzung am 12. September ließ er dem stellvertretenden Verfassungsschutzchef Burkhard Freier den Vortritt: Sobald der Verfassungsschutz Anhaltspunkte für kriminelle Machenschaften eines V-Manns habe, werde dieser „unverzüglich abgeschaltet“. Berichte über die versehentliche Enttarnung von weiteren, im rechten Milieu tätigen V-Männern wollte er nicht bestätigen. „Mir ist davon nichts bekannt“, so Freier. Auch sei durch die Enttarnung eines V-Manns (Sebastian S.) die Überwachung der Neonazi-Szene in Ostwestfalen keineswegs zusammengebrochen.

Die Opposition kritisierte das Verhalten der Landesregierung scharf: Der Minister dürfe über mögliche Pannen nicht einfach schweigen, meinte Monika Düker (GRÜNE). Der vorliegende Fall hätte ohnehin schon zu einem „hohen Vertrauensverlust“ in die Ermittlungsmethoden des Verfassungsschutzes geführt. Es müsse geklärt werden, „ob es sich um systemimmanente Fehler oder um eine Einzelpanne handelt“.

Dr. Karsten Rudolph (SPD) sprach von einer „eigentümlichen Informationspolitik“ des Ministeriums. Der Informationsfluss zwischen Innenministerium und Presse funktioniere of-

fenbar besser als zwischen Ministerium und Parlament. Darüber hinaus dürfe es nicht angehen, dass ein V-Mann seinen Status beim Verfassungsschutz als „Persilschein für kriminelle Handlungen“ missbrauche. „Ihr V-Mann ist ihnen offensichtlich entglitten“, so der Abgeordnete.

Staatssekretär Brendel wies diesen Vorwurf entschieden zurück: Die Presse habe im vorliegenden Fall keinerlei Informationen aus dem Innenministerium erhalten. Zudem wiederholte er den Hinweis, dass Detailfragen nur im PKG beantwortet werden könnten.

Der innenpolitische Sprecher der CDU, Theo Kruse, hielt die „Mutmaßungen und Unterstellungen der Opposition für unerträglich“. Die Behauptungen seien aus der Luft gegriffen und zeugten von „großer Respektlosigkeit“ gegenüber der Arbeit des Ministeriums.

Die SPD-Fraktion beantragte abschließend eine schnellstmögliche Einberufung des PKG, um „dem Schweigen ein Ende zu bereiten“. ax

Parlamentarisches Kontrollgremium

Aufgrund des Geheimhaltungsbedürfnisses erfolgt die Kontrolle des Verfassungsschutzes gemäß Paragraf 23 des Verfassungsschutzgesetzes nicht in öffentlicher Sitzung des Landtags, sondern durch das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG). Das Gremium besteht aus acht Mitgliedern und acht Stellvertretern, die aus der Mitte des Landtags gewählt sind. Diese sind sowohl der Öffentlichkeit wie auch dem Landtag und seinen Ausschüssen gegenüber zur Verschwiegenheit verpflichtet. Sitzungsort und Sitzungstermine des Gremiums sind ebenfalls geheim zu halten.

Meisterlich ...

... und lecker waren die kulinarischen Kostproben, die am jüngsten Parlamentarischen Abend Spitzenköchler aus dem Lebensmittelhandwerk Landtagspräsidentin Regina van Dinther (M.) und den Landtagsabgeordneten präsentierten. Unser Bild zeigt neben der Präsidentin Peter Inhoven (L.) und Josef Hinkel (r.) sowie die Landtagsabgeordneten Franz-Josef Knieps und Peter Kaiser. Foto: Schälte



Allen Optionen gegenüber offen

Finanzausschuss beriet über mögliche Zukunft der WestLB

Der Diskussionsbedarf war groß. Ausschussvorsitzende Anke Brunn (SPD) schloss die von ihrer Fraktion beantragte Aktuelle Viertelstunde zur Zukunft der WestLB erst nach anderthalb Stunden. Während die SPD dem Vorschlag der Sparkassenverbände folgte und sich für eine Fusion der WestLB mit der Landesbank Baden-Württemberg (LBBW) aussprach, warnten die Koalitionsfraktionen vor Schnellschüssen. Finanzminister Dr. Helmut Linssen (CDU) kündigte an, alle Optionen würden mit der gebotenen Ruhe und Sorgfalt geprüft. „Es bringt nichts, jetzt vorschnell auf den Zug LBBW aufzuspringen“, so der Minister. Dem Erhalt des Finanzplatzes NRW und der Zukunft der 6.000 WestLB-Mitarbeiter räumte er höchste Priorität ein.

Die Ausgangsposition für eventuelle Verkaufs- oder Fusionsverhandlungen erscheint denkbar schlecht. Zunächst wurde bekannt, dass die Staatsanwaltschaft drei amtierenden und vier früheren Vorständen der WestLB Verstöße gegen das Aktiengesetz vorwirft und Ermittlungen eingeleitet hat. Einen Tag später veröffentlicht die Bank ihre Halbjahresbilanz: Die Verluste aus dem Eigenhandel mit so genannten Spreadpositionen aus Stamm- und Vorzugsaktien belaufen sich mittlerweile auf 604 Millionen Euro. Damit rutscht die WestLB in die roten Zahlen. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum sank das Konzernergebnis vor Steuern um 277 Millionen auf minus 38 Millionen Euro. Da musste auch Minister Linssen einräumen. „Das ist mehr, als ich befürchtet habe“, gestand er im Ausschuss. Gleichzeitig warnte er davor, die Bank rundweg schlecht zu reden: „Ohne die Verluste aus dem Eigenhandel hätte die WestLB im ersten Halbjahr gutes Geld verdient.“

Konkretes hinsichtlich der Zukunft der WestLB ließ der Finanzminister jedoch nicht verlauten. Ein Zusammengehen mit der LBBW sei „vielleicht die beste Lösung, vielleicht aber auch nicht“, so Linssen. Bei der Abwägung werde es keine Tabus geben. In Richtung Sparkassen richtete er den Hinweis, dass es eine Entscheidung ohne Zustimmung des Landes ohnehin nicht geben werde. Das bisherige Sparkassen-Konzept bezeichnete er als „völlig unzureichend“. Er kündigte an, die Landesregierung werde sich von einer Investmentbank beraten lassen, um „die beste Lösung für den Finanzplatz NRW“ auszuloten. Das Land ist mit 38 Prozent größter Einzeleigentümer der WestLB. Allerdings halten die beiden Sparkassenverbände Rheinland und Westfalen zusammen knapp 51 Prozent.

Kritik an der „taktierenden Haltung der Landesregierung“ äußerte SPD-Finanzexpertin Gisela Walsken. Es sei höchste Zeit, dass der Minister

mit eigenen Vorschlägen komme. Stattdessen dränge sich immer mehr der Eindruck auf, „dass der Minister längst das Heft des Handelns an seinen zaudernden Ministerpräsidenten abgeben musste“. Die Abgeordnete betonte, dass sich alle Gespräche über die Zukunft der Bank im öffentlichen-rechtlichen Sektor abspielen müssten. Auch Ewald Groth (GRÜNE) erteilte Plänen zum Verkauf der Bank an einen privaten Investor eine klare Absage. Dies komme einer „Kriegserklärung des Landes an die Kommunen“ gleich. Auch Überlegungen, der WestLB künftig den Zugang zum Privatkundengeschäft zu ermöglichen, wies Groth als „Keule gegen die Sparkassen“ zurück. Bislang müssen die NRW-Sparkassen keine Konkurrenz durch die WestLB fürchten. Im Gegensatz zu den meisten anderen Landesbanken ist der WestLB der Zugang zu den Endkunden verwehrt.

Widerspruch von Volkmar Klein, finanzpolitischer Sprecher der CDU-Fraktion: Zum einen sei es angezeigt, den von der SPD aufgebauten Zeitdruck aus der Diskussion zu nehmen. Dies schade nur der WestLB und ihrer Belegschaft. „Klar ist, dass wir unsere Landesbank nicht verram-

schen werden“, so Klein. Die LBBW sei – im Gegensatz zur WestLB – stark im Mittelstandsgeschäft. Dieser Geschäftszweig falle in NRW jedoch in den Kernbereich der Sparkassen. „Wir müssen aufpassen, dass wir den Fuchs nicht in den Hühnerstall lassen.“ Rückendeckung erhielt er von der Fachfrau für Finanzfragen der FDP-Fraktion, Angela Freimuth. Sie warnte vor einer Fusion zwischen der LBBW und der WestLB, wenn diese einer Übernahme der Düsseldorfer durch die Stuttgarter Landesbank gleichkäme. Es dürfe nicht passieren, dass sich die WestLB zu „einer Art Filiale“ der LBBW entwickelt. Das würde tausende Arbeitsplätze am Standort Düsseldorf in Gefahr bringen.

Zum Ende der Diskussion lenkte Christian Weisbrich (CDU) den Blick auf ein anderes Bundesland: Berlin habe beim Verkauf seiner Landesbank LBB gezeigt, wie man mit Warten auf den richtigen Verkaufszeitpunkt „aus Dreck Gold macht“.

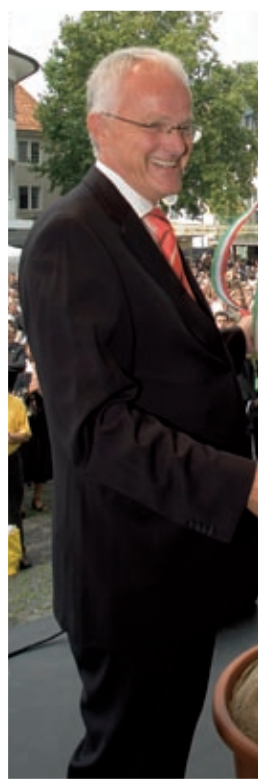
ax

Foto: Schätze



600.000 Menschen besuchten bei strahlendem Sonnenschein den „Nordrhein-Westfalen-Tag 2007“ in Paderborn. Erstmals wurde der NRW-Geburtstag außerhalb der Landeshauptstadt Düsseldorf gefeiert – in Zukunft soll das jedes Jahr so sein.

Auch Landtagsvizepräsidentin Angela Freimuth (FDP, r.) war nach Paderborn gereist, um im Zelt, auf der Bühne und in der Fußgängerzone Bürgern die parlamentarische Arbeit zu erläutern.



Die Vorsitzende des Petitionsausschusses, Inge Howe (SPD, r.) und ihre Stellvertreterin, Sigrid Beer (GRÜNE, l.), erklärten interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Aufgaben ihres Ausschusses.



Der Vizepräsident des Landtags, Edgar Moron (SPD, l.) traf viele Bekannte. Hier spricht er mit Wolfgang Heiliger, dem geschäftsführenden Vorstand der Stiftung Wohlfahrtspflege.



Die Parlamentszeitschrift „Landtag intern“ wurde ebenso wie die Kinder- und Jugendbroschüren im Landtagszelt verteilt und fand reißenden Absatz.

NORDRHEIN-
WESTFALEN
TAG

25. - 26.08.
NRW-Tag
Paderborn

Zwischen Tradition und Hightech

- Land & Leute
- Kunst & Musik
- Tradition & Vision
- Sport & Spiel
- Reise & Genuss



Ministerpräsident Jürgen Rüttgers (CDU, L.) überreichte dem Bürgermeister der Stadt Paderborn, Heinz Paus (r.), einen „Nordrhein-Westfalen-Baum“. Es handelt sich um die Neuzüchtung eines Ahorns, der als „Acer platanoides Columnare Nordrhein-Westfalen“ offiziell beim Deutschen Patent- und Markenamt in München angemeldet wurde. Diese Zeremonie soll zukünftig in jeder Stadt erfolgen, die den Nordrhein-Westfalen-Tag ausrichtet. Gastgeber des NRW-Tags 2008 ist Wuppertal.



Auf der Landesbühne begeisterte besonders das Jugendsinfonieorchester Siegen unter der Leitung von Siegfried Fiedler, das gemeinsam mit Peter Autschbach's Rockgruppe „Terminal A“ auftrat.



Die vier Fraktionen präsentierten sich mit Ständen und Infomaterial im Zelt des Landtags.



Pop und Politik: Der erste NRW-Tag in Paderborn war eine gelungene Werbung fürs Bundesland. Landtagspräsidentin Regina van Dinker (r.) freute sich über die vielen Jugendlichen, die auf der Bühne sangen, tanzten oder etwas aufführten.



Mehrere Gruppen stellten selbst komponierte NRW-Hymnen vor. Hier singen Schülerinnen der Gesamtschule Rödinghausen mit ihrem Lehrer Hermann Rongen „Nordrhein-Westfalen – Land der Zukunft“.

Angereist waren auch die Fraktionsvorsitzenden Dr. Gerhard Papke (FDP, M.) und Sylvia Löhrmann (GRÜNE, r.).



DD
Fotos: Hegert, Meyer, Nüster

+++Aktuelles+++ aus den Ausschüssen

Bürgerinnen und Bürger haben manchmal Ärger mit Ämtern und Behörden. Der **Petitionsausschuss** (Vorsitz Inge Howe, SPD) des Landtags hilft. Die nächste Sprechstunde in der Dependance des Landtags, der Villa Horion, ist für den 22. Oktober 2007 vorgesehen. Um daran teilnehmen zu können, ist eine telefonische Anmeldung unter 0211/884-4444 erforderlich.

+++

Importprodukte aus Billiglohnländern sollen für Verbraucher hierzulande sicherer werden. Nachdem eine hessische Firma kürzlich 20 Millionen Produkte zurückrufen musste – es handelte sich dabei um Spielwaren aus der Volksrepublik China – soll auf Betreiben der Länderminister das Prüfzeichen der EU („CE“) einen ähnlich verbindlichen Status erhalten wie das deutsche GS-Zeichen, das „geprüfte Sicherheit“ bedeutet. Im **Ausschuss für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** (Vorsitz Marie-Luise Fasse, CDU) kündigte NRW-Umweltminister Eckhard Uhlenberg (CDU) eine Initiative an, das derzeit wenig aussagekräftige CE-Zeichen durch verpflichtende Prüfungen in den Rang des GS-Zeichens aufzuwerten.

+++

Mit dem Anti-Terror-Konzept des Landes NRW befasste sich jetzt der **Innen-Ausschuss** (Vorsitz Winfried Schittges, CDU). Man bezog sich hierbei auf die Maßnahmen, die ein Jahr nach den missglückten Kofferbomben-Anschlägen durchgeführt worden sind. Aktuell flossen die Eindrücke aus den Festnahmen der Terrorverdächtigen im Sauerland mit ein. Innenminister Dr. Ingo Wolf (FDP) lobte das Konzept und betonte, dass sich das föderale System der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern gut bewährt habe. Die Festnahmen zeigten, dass die Behörden wachsam sind und kein Grund zur Panik in der Bevölkerung bestehe. Die Opposition kritisierte, dass viele der beschlossenen Maßnahmen zur Verbesserung der Sicherheit noch nicht in die Praxis umgesetzt worden seien. Beispielsweise sei das Sicherheitssystem der Bahn immer noch nicht ausreichend ausgebaut worden.

+++

Voraussichtlich am 17. Oktober wird der **Umweltausschuss** eine öffentliche Anhörung zur CO-Pipeline der Bayerwerke

von Dormagen nach Krefeld durchführen. Das hat der Ausschuss auf Antrag von SPD und Grünen beschlossen. Die Oppositionsfraktionen begründeten ihren Antrag mit dem Umstand, dass die Landesregierung ihre Teilnahme am ursprünglich geplanten Dialogprozess („Mediationsverfahren“) aus rechtlichen Gründen abgelehnt hat. Auf die wachsende Verunsicherung und Unruhe in der Bevölkerung entlang der Trasse müsse die Volksvertretung reagieren, meinten Sprecher beider Fraktionen.



Illustration: Peter Flock

+++

Zuwanderung ist nicht die Ausnahme, sondern die Regel.“ Das machte der Integrationsbeauftragte der Landesregierung, Thomas Kufen, im **Integrationsausschuss** deutlich. Dort stellte er den Abgeordneten seinen Integrationsbericht für NRW vor und erhielt dafür Zustimmung von allen vier Fraktionen. Kufen

zeigte sich erfreut darüber, dass bereits in 311 der insgesamt 396 NRW-Kommunen Integrationsbeauftragte ihre Arbeit aufgenommen haben. Noch stärker möchte er künftig Moscheen in das Stadtleben integrieren und den interkulturellen wie auch interreligiösen Austausch intensivieren. Die Bürgerinnen und Bürger sollten sich deutlicher ihrer eigenen kulturellen Wurzeln bewusst werden. Das Motto von Kufen: „Ohne Herkunft keine Zukunft.“

+++

Die Grünen im Landtag wollen bei den Nebeneinkünften von Abgeordneten mehr Transparenz als im Abgeordnetengesetz von 2005 vorgesehen. Nach dem Willen der Fraktion sollen die Mitglieder des Landtags die Landtagspräsidentin künftig auch über Art, Höhe und Herkunft von Nebeneinkünften informieren müssen. Das sieht der entsprechende Gesetzentwurf (Drs. 14/4851 neu) vor, der dem Landtag vorliegt. Zu diesem Gesetzentwurf wird es in Kürze ein Sachverständigengespräch geben. Das hat der **Hauptausschuss** (Vorsitz Werner Jostmeier, CDU) auf seiner letzten Sitzung beschlossen. Der Termin steht noch nicht fest.

+++

Trinken bis zum Umfallen ist kein Party-Spaß. Das verdeutlichen Zahlen, die das Gesundheitsministerium NRW dem **Gesundheitsausschuss** (Vorsitz Günter Garbrecht, SPD) zur Verfügung stellte. Demnach wurden in NRW im Jahr 2004 über 2.200 Jugendliche mit einer Alkoholvergiftung in Krankenhäuser ein-

Teure Sicherheit

Debatte über Umsetzung der neuen EU-Hafenrichtlinie in NRW

Sorgenfalten machten sich breit auf den Stirnen der Sachverständigen – insbesondere der Hafenbetreiber, die im Verkehrsausschuss (Vorsitz Wolfgang Röken, SPD) zum Entwurf der Landesregierung eines Hafensicherheitsgesetzes (Drs. 14/4240) Stellung bezogen. Der Entwurf geht auf eine Sicherheitsrichtlinie der Europäischen Union zur Erhöhung der Abwehr terroristischer Gefahren in Seehäfen zurück. „Zuviel des Guten“, lautete das einhellige Urteil der Experten. Statt die EU-Richtlinie 1:1 umzusetzen, habe die Landesregierung „draufgesattelt“. Hafenbetreiber, deren Anlagen auch von internationalen Seeschiffen angelaufen werden, fürchten finanzielle Mehrbelastung und Wettbewerbsnachteile.



Foto:Schälte

Wenig Verständnis zeigten die geladenen Sachverständigen für den „Alleingang“, den die Landesregierung mit ihrem Gesetzentwurf beschreite. Schließlich sehe die EU-Richtlinie die Einrichtung einer Hafensicherheitsbehörde vor, die die Risikoanalyse an den einzelnen Hafenstandorten vornimmt, einen Gefahrenabwehrplan erstellt, diesen durchsetzt und außerdem die entsprechenden Sicherheits- und Notfallübungen durchführt. Der Entwurf des Hafensicherheitsgesetzes NRW nehme im Gegensatz dazu die Hafenbetreiber in die Pflicht. „Dem Hafenbetreiber wird hier eine Koordinations- und Leitungsfunktion aufgezwungen, der er ohne zusätzliche Maßnahmen weder personell noch fachlich gerecht werden kann“, konstatierte Karl Michael Probst vom Bundesverband öffentlicher Binnenhäfen. Dies seien aus seiner Sicht „klassische hoheitliche Aufgaben“, die von staatlichen Stellen wahrgenommen werden müssten. Er habe den Eindruck, dass Kosten für den Terrorschutz auf die Hafenbetreiber abgewälzt werden sollen.

Rückendeckung erhielt er von Werner Kühlkamp, der für die Vereinigung der Industrie- und Handelskammern in NRW sprach: Mit dem Gesetzesvorschlag werde der Hafenbetreiber in die Rolle einer Sicherheitsbehörde gedrängt. „Damit würden ausgerechnet in dem Bundesland, das die geringste Anzahl von Seeschiffen und zudem mit den Küstenmotorschiffen nur einen ganz speziellen Typ der Seeschiffe abfertigt, die Wirtschaft am stärksten belastende Vorschriften erlassen“, so Kühlkamp. Denn aufgrund der Tatsache, dass eine einzelne Hafenanlage Seeschiffe abfertige, müssten ganze Hafenareale mit vielfältiger Gewerbeansiedlung künftig durch entsprechende Maßnahmen wie Zäune, Wachpersonal und Videoüberwachung gesichert werden. Zudem ließen sich einige Hafenstandorte wie beispielsweise Duisburg kaum sichern, ergänzte Markus Bangen von der Duisburger Hafen AG. Schließlich werde das 1.350 Hektar große Areal von zahlreichen öffentlichen Straßen, von Bahngleisen sowie von einer U-Bahnlinie durchkreuzt.

Einen Attraktivitätsverlust einzelner Hafenstandorte befürchtete auch Herbert Napp, Bürgermeister der Stadt Neuss und Sprecher der Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände NRW: Der Gesetzentwurf mache es schwer, bei potenziellen Mietern in Häfen den Wettbewerb mit Standorten auf der „grünen Wiese“ zu gewinnen, da in Häfen mit auch nur einer ISPS-Anlage (siehe Kasten und Foto) automatisch erhöhte Auflagen gelten. Napp sprach von einem „Existenzverdrängungsprogramm“. Insbesondere bei in Hafengebieten angesiedelten Betrieben, die nicht zwingend auf so genannte „nasse Grundstücke“ angewiesen seien – wie zum Beispiel Speditionen –, bestehe die Gefahr, dass diese abwanderten. Damit verbunden sei die Gefahr einer Rückverlagerung von Güterverkehren vom Wasser auf die Straße. „Diese Auswirkung kann aus ökologischer und ökonomischer Sicht nicht gewollt sein und steht im Gegensatz zu den Zielen des Wasserstraßen- und Hafenkonzpts des Landes NRW“, so Napp.

„RECHTLICH UNBEDENKLICH“

Bei allem Verständnis für die Sorgen seiner Vorredner, beleuchtete Professor Dr. Wilfried Erguth, Rechtswissenschaftler der Universität Rostock, den Sachverhalt juristisch. Die Vorgaben der EU-Richtlinie seien für die Länder bindend. „Man darf jetzt nicht hingehen und die Probleme, die man mit der EU-Richtlinie hat, dem Gesetz anlasten“, bemerkte Erguth. Auch das Erstellen eines Gefahrenabwehrplans durch die Hafenbetreiber sei „möglich, zulässig und rechtlich unbedenklich“. Schließlich falle die Abnahme und Genehmigung wieder in die Verantwortung der Behörden. ax

Häfen in NRW

NRW verfügt über ein gut ausgebautes Binnenwasserstraßennetz mit insgesamt 720 Kilometern Länge. Davon entfallen rund 240 Kilometer auf den Rhein und 480 Kilometer auf das Kanalnetz mit Dortmund-Emskanal, Datteln-Hamm-Kanal, Wesel-Datteln-Kanal, Rhein-Herne-Kanal und die Weststrecke des Mittelland-Kanals, Ruhr und Weser. An diesen Wasserwegen liegen 120 Häfen, davon 23 öffentliche und 97 private.

Derzeit fallen insgesamt 72 Hafenanlagen an 14 verschiedenen Hafenstandorten in NRW unter den so genannten ISPS-Code (Internationaler Code für die Gefahrenabwehr auf Schiffen und in Hafenanlagen). Der ISPS-Code findet Anwendung auf alle Hafenanlagen, an denen in der Auslandsfahrt eingesetzte Seeschiffe (Küstenmotorschiffe) mit einer Bruttoreaumzahl größer als 500 abgefertigt werden.

Quelle: Ministerium für Bauen und Verkehr NRW, Bezirksregierung Düsseldorf

Die europäische Jugend stärker für Europa begeistern

Wir müssen alle Anstrengungen bündeln, um die Jugend in Europa stärker für den europäischen Integrationsprozess zu begeistern. Wir müssen deutlich machen, dass die Europäische Union das zentrale Politikmodell für Frieden, Freiheit, wirtschaftliche Prosperität und sozialen Fortschritt auf unserem Kontinent ist“, sagte Ilka von Boeselager (Bild), europapolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion.



Der fortschreitende europäische Integrationsprozess habe weitreichenden Einfluss auf die Bildungs-, Berufs- und Lebensverläufe junger Menschen. Von Boeselager: „Die europäischen Entwicklungen in diesen Bereichen eröffnen Gestaltungschancen, die mittlerweile als Selbstverständlichkeiten betrachtet und nicht weiter hinterfragt werden. Dabei wären noch vor einem Vierteljahrhundert beispielsweise die friedliche Vereinigung des europäischen Kontinents, eine gemeinsame europäische Währung, offene Grenzen innerhalb der Europäischen Union, die zunehmende europäische Angleichung von Stu-

dienabschlüssen im Rahmen des Bologna-Prozesses oder die durch den europäischen Binnenmarkt ermöglichte Arbeitsaufnahme in anderen EU-Mitgliedstaaten nur schwer vorstellbar gewesen. Offene Grenzen und moderne Kommunikationsmöglichkeiten ermöglichen jungen Menschen einen aktiven grenzen-

losen Wissens- und Informationsaustausch und die Erlangung vielfältiger Kompetenzen für ein internationales Lebens- und Berufsfeld.“

Mit rund 75 Millionen Menschen stellen junge Europäerinnen und Europäer im Alter zwischen 15 und 25 Jahren eine bedeutende gesellschaftliche Gruppe dar. „Gerade der jungen Generation fällt es aber immer schwerer, die konkreten Vorteile Europas auch als solche bewusst wahrzunehmen und zu erleben. NRW kommt als größter europäischer Region und bevölkerungsreichstem Bundesland eine Vorreiterrolle dabei zu, den Mehrwert europäischer Politik für junge Menschen wieder stärker erfahrbar zu machen“, erklärte die CDU-Europaexpertin.



Um die Mitwirkungsmöglichkeiten zu verbessern, haben die Koalitionsfraktionen eine parlamentarische Initiative gestartet. Von Boeselager: „Wir wollen auf europäischer Ebene darauf hinwirken, dass die Rahmenbedingungen für die Mitwirkungsmöglichkeiten junger Menschen im europäischen Politikprozess grundlegend und nachhaltig verbessert werden. Wünschenswert ist die umfassende Information über bereits bestehende europäische Mitwirkungsmöglichkeiten wie beispielsweise dem Jugendportal der Europäischen Kommission, dem Europäischen Jugendparlament, dem Europäischen Jugendprogramm oder dem Europäischen Freiwilligendienst. Auch bei der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit ergeben sich vielfältige Anknüpfungspunkte. Wichtig ist auch, die Programme der politischen Bildung auf Landesebene verstärkt europäisch auszurichten.“

Jugendliche und Politiker im Dialog

Jugendliche fragen – Politiker antworten: Rund 100 Jugendliche (Foto) waren der Einladung der FDP-Landtagsfraktion zum Dialog „Jugend in der Politik“ gefolgt und nutzten ihre Gelegenheit, die Abgeordneten Gerhard Papke, Ralf Witzel und Christian Lindner zwei Stunden lang mit ihren Fragen, Sorgen und Anregungen rund um die Landespolitik zu konfrontieren.



Fast wie selbstverständlich setzten sich die jungen Gäste zu Beginn der Veranstaltung im weiten Rund des Plenarsaales auf die Plätze der Regierungskoalition, was der Bildungsexperte Ralf Witzel mit einem Lächeln kommentierte: „Sie haben sich die richtigen Plätze ausgesucht.“ Fraktionschef Gerhard Papke stellte den Jugendlichen die erfolgreiche Reformbilanz der gelb-schwarzen Koalition vor. Ob Reform

der Gemeindeordnung, Landespersonalvertretungsgesetz oder Schulgesetz – die Jugendlichen verfolgten mit großem Interesse die Ausführungen der Parlamentarier und zeigten bei ihren zahlreichen Beiträgen großes Politikinteresse und -wissen. Von der so oft kritisierten Politikverdrossenheit war keine Spur.

Besonders intensiv wurde der Dialog im

Bereich der Bildungspolitik geführt, wo die meisten Gäste persönliche Erfahrungen und Anregungen beisteuern konnten. Besonders im Fokus: Fragen zur Schulstruktur und zur Zukunft der Hauptschule. Die anwesenden Hauptschüler machten deutlich, wie wichtig ihnen ihre Schulform ist und sie darauf hoffen, dass die Hauptschule und die an ihr erworbenen Abschlüsse künftig deutlich verbessert und aufgewertet werden und es zu einer engeren Verzahnung mit der Wirtschaft kommt. Ralf Witzel konnte den Schülern viele Sorgen nehmen: „Wir werden dafür eintreten, dass die Praxisorientierung in der Hauptschule viel früher einsetzt und darüber hinaus an allen Schulformen der Ganztagsunterricht auf freiwilliger Basis möglich sein wird.“

Zum Abschluss der Veranstaltung ergab sich ein deutliches Bild: Die überwiegende Mehrheit der Jugendlichen teilte das erfolgreiche Fazit, das die FDP-Parlamentarier von der bisherigen Arbeit der schwarz-gelben Koalition gezogen hatten. Vielfaches, zustimmendes Kopfnicken begleitete die Ausführungen der Politiker.



Für den Erhalt der Mitbestimmung!

Die CDU/FDP-Koalition will mit ihrem Entwurf für ein neues Landespersonalvertretungsgesetz (LPVG) die Mitwirkungsrechte der 700.000 Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Nordrhein-Westfalen massiv beschneiden. Leichte Korrekturen, die die Mehrheitsfraktionen beschlossen haben, ändern daran nichts; sie sind reine Kosmetik. Nach wie vor sollen insbesondere die Personalvertretungen in erheblichem Maße geschwächt werden. Die SPD im Düsseldorfer Landtag wird gegen die Aushöhlung der Beteiligungsmöglichkeiten der Beschäftigten stimmen. Die bisher im Gesetz verankerte „gleiche Augenhöhe“ zwischen dem Arbeitgeber und den Beschäftigten muss erhalten bleiben. Rüttgers und seine Regierung wollen „der Herr im Haus“ sein. Dazu sagt die SPD klar Nein.

Die in den vergangenen Wochen von CDU-Ministerpräsident Rüttgers verkündete bloße Über-

nahme des Bundespersonalvertretungsgesetzes hat sich als Mogelpackung entpuppt: Die vorgesehenen Verschlechterungen gehen oft über die Regelungen des Bundesrechts hinaus. Inzwischen ist die eigentliche bundespolitische Dimension der schwarz-gelben Initiative deutlich geworden: Nach dem Abbau von Mitarbeiterrechten im öffentlichen Dienst durch



die neoliberale Landesregierung droht als nächster Schritt auch die Beschneidung des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Änderung des LPVG soll offensichtlich das Einfallstor sein.

Die SPD hat sich stets klar positioniert: Die geplanten Veränderungen beschädigen Nordrhein-Westfalen als das Mitbestimmungsland Nummer 1. Die sozialdemokratischen Abgeordneten werden deshalb weiterhin gegen die mitbestimmungsfeindliche Politik der Landesregierung kämpfen und notfalls nach der nächsten Landtagswahl diese Verschlechterungen wieder zurücknehmen. Denn richtig ist: Das geltende Landespersonalvertretungsgesetz ist anerkanntermaßen das fortschrittlichste in der Bundesrepublik Deutschland. Das hat die SPD in einem Entschließungsantrag deutlich gemacht, den sie auf der Fraktionsklausur am 7./8. September in Wuppertal (unser Bild) beschlossen hat. ■

NRW
SPD

Die Fraktion

Telefon – Abzocke stoppen!

Nervige Telefonwerbung wird zur Seuche. Die GRÜNE-Fraktion will etwas dagegen tun. Es klingelt immer öfter, und immer häufiger werden Menschen zu jeder Tageszeit mit teils dreisten Methoden angehalten zu kaufen, zu testen, zu abonnieren. Lüge und Betrug sind mittlerweile keine Seltenheit mehr. Um die lästigen Anrufer loszuwerden, willigen die Angerufenen manchmal in Probeabos ein, die man angeblich wieder schnell abbestellen kann. Weit gefehlt: Es kann passieren, dass die Firmen dem Leidtragenden nach dem Telefonat Zeitschriften zustellen und ihm einen Vertragsabschluss für ein Langzeit-Abo unterstellen. Aber wie will man das Gegenteil beweisen? Der Bundesverband der Verbraucherzentralen weiß, dass manche aus solchen Telefonverträgen gar nicht mehr herauskommen, wenn sie die Anfechtungs- und Widerrufsmöglichkeiten und die entsprechenden Fristen nicht kennen.

Opfer von penetranter Telefonwerbung sind insbesondere ältere Menschen. Sie verbringen mehr Zeit zu Hause und sind darum öfter erreichbar. Außerdem wittern die Telefonpiraten

bei ihnen größere Geldreserven. Dazu kommt, dass viele der Älteren unsicher sind oder nicht so recht wissen, wie sie sich gegen die Telefonwerbung wehren können.

In den NRW-Verbraucherzentralen sind im letzten Jahr über 40.000 Beschwerden wegen Vertragsabschlüssen durch Telefonwerbung eingegangen. Vermutlich ist die Dunkelziffer derjenigen hoch, die ungewollt Zeitungsabonnements, Telefon- und Lotterieverträge abgeschlossen haben. Für NRW kann man Zahlen von insgesamt bis zu einer halben Million Betroffener in 2006 hochrechnen.

Diese Abzocke am Telefon ist nicht hinzunehmen. Aus einem verbotenen Anruf darf kein gültiger Vertrag werden. Den modernen Drückerkolonnen muss das Handwerk gelegt werden. Minister Uhlenberg darf nicht länger untätig zusehen. Wir fordern die Landesregierung auf, die derzeitigen rechtlichen Rahmenbedingungen für Telefonwerbung zu verschärfen, damit die Verbraucherinnen und Verbraucher bessere Möglichkeiten haben, gegen Ver-

tragsabschlüsse vorzugehen, die unter Druck abgeschlossen wurden. Wir brauchen wirksameren Schutz vor unerwünschter Telefonwerbung und das Recht auf der Seite der Verbraucherinnen und Verbraucher. ■



Foto: Diego Cervo – Fotolia

DIE GRÜNEN —
im Landtag NRW

Das Für und Wider des Widerspruchs

Experten zu Alternativen im Konfliktfall mit Behörden

Wer die Entscheidung einer Behörde für falsch hält, legt bisher Widerspruch ein. Geht es nach der Landesregierung, soll das künftig nur in Ausnahmefällen möglich sein. Im Zuge des Bürokratieabbaugesetzes II (Drs. 14/4199) wollen CDU und FDP die „Statthaftigkeit“ von Widerspruchsverfahren reduzieren, den „Devolutiveffekt“ – die Zuständigkeit der nächsthöheren Instanz bei Widersprüchen – einschränken.

Das geschieht nicht, weil Behörden plötzlich unfehlbar geworden sind. Vielmehr halten Regierung und Koalition das Verfahren für nicht zeitgemäß und ineffektiv. Die Opposition hingegen befürchtet weniger Einflussmöglichkeiten der Bürger und eine Klagewelle vor den Verwaltungsgerichten. Ob das wirklich so ist, und welche alternativen Formen der Bürgeranhörung Sinn machen, darüber diskutierte der Kommunalausschuss (Vorsitz Edgar Moron, SPD) mit Fachleuten.

Die hatten dazu unterschiedliche Ansichten – selbst bei gleichem Blickwinkel: So bescheinigte Matthias Münning für den Landschaftsverband Westfalen-Lippe, der Entwurf gehe „in die richtige Richtung“. Bei Denkmalpflege oder Jugendhilfe könne man sehr wohl auf ein formalisiertes Widerspruchsverfahren verzichten. Wo es bundes- oder europarechtlich vorgegeben sei, ändere sich ja nichts. Widerspruch vom Landschaftsverband Rheinland: Harry Voigtsberger betonte die „befriedigende und selbst regulierende Wirkung“ des Verfahrens. Mit den Worten „elf von

zwölf Fällen sind nach dem Widerspruch erledigt“, lehnte er eine pauschale Abschaffung ab. Im Beamtenrecht halte man doch auch an der Regelung fest.

Kritik an einer Abschaffung gab es von den kommunalen Spitzenverbänden. Hans-Gerd von Lennep verwies für Städtetag sowie Städte- und Gemeindebund darauf, dass allein die Dauer für das Widerspruchsverfahren spreche: Während hier die Bearbeitung in zwei bis drei Wochen erledigt sein könnte, müsse der Bürger im Klageverfahren schon auf die Erwidderung sechs Wochen warten. Auch sei der Widerspruch für den Bürger kostenlos. Zumindest müsse vor einer Entscheidung eine breitere Datenbasis her, wie sich der Widerspruch bewährt habe. Nur auf den Devolutiveffekt könne man verzichten, stimmte Franz-Josef Schumacher (Landkreistag) ansonsten dem Vorredner zu.

„Die Praxis sieht anders aus“, erklärte Professor Reinhard Klenke, Präsident des Verwaltungsgerichts Düsseldorf, und ließ kein gutes Haar am Widerspruchsverfahren. Wo es keines gebe, werde es auch nicht vermisst. Für Rechtsanwalt Horst Wüstenbecker ist das bisher praktizierte Verfahren „ein historisches Relikt“. Das Bewusstsein einer vorgerichtlichen Überprüfung durch den Widerspruch könne nachlässig

machen, beeinträchtige die Qualität der Erstbescheide.

„Mein Eindruck ist, dass ein Widerspruch eben nicht in drei oder vier Wochen über die Bühne ist“, so Burkhard Ostermann von der Vereinigung der Verwaltungsrichter/innen NRW. Die oft beschworene Hemmschwelle des Bürgers vor dem Gericht sah er nicht. „Wir akzeptieren selbst den handgeschriebenen Zettel als Grundlage für ein gerichtliches Verfahren.“ Harry Addicks von der Neuen Richtervereinigung prognostizierte, dass „Bürger ganz sicher den Widerspruch einer Klage vorziehen“. Auch er hatte Kritik am Widerspruch; allerdings schützte das geplante Gesetz „das Kind mit dem Bade aus“. Darüber hinaus gehe es nicht um Bürokratieabbau, sondern um ein Verwaltungsrechteabbaugesetz.

BÜRGERBETEILIGUNG

„Verfassungs- und bundesrechtlich unbedenklich“, bescheinigte der Osnabrücker Kommunalrechtler Professor Jörn Ipsen dem Gesetzesentwurf. Während man bei den Rundfunkgebühren aus dem Niedersächser Modell gelernt habe, sah er für die Ausnahmeregelung bei Drittwidersprüchen Nachbesserungsbedarf. Hier müsse man Baugenehmigungen aufnehmen. Einen ebenfalls konstruktiven Ansatz verfolgte Dr. Dieter Kallerhoff, Oberverwaltungsgericht Münster. Sein Vorschlag: Verwaltung so verbessern, dass Fehler minimiert werden – beispielsweise das Anhörungsrecht des Bürgers im Verfahren ernster nehmen. Wenn es doch zu Problemen kommt, brauche man ein vorgerichtliches Beschwerdemanagement auf Augenhöhe – etwa auf dem Wege der „bedingten Zusage der Zweitbescheidung“. Indes alles Regelungen, die mit dem Gesetzesentwurf möglich seien.

Erfahrungen mit beiden Modellen hat Sebastian Wolters. Der Ministerialrat war in Niedersachsen für die Abschaffung des Widerspruchs zuständig. Eine Auswertung habe ergeben, dass das Widerspruchsverfahren „den Bürgern erstaunlich wenig gebracht“ habe. Sicher habe es auch mit der neuen Regelung Probleme gegeben. „Aber da hat man kreative Lösungen gefunden“, meinte er und lobte die frühzeitige Einbindung von Bürgern und die Entwicklung interner Controlling- und Qualitätsmanagement-Mechanismen. Sinnvoll sei auch der Aufbau eines zentralen Beschwerdemanagements über Ombudsleute gewesen. Selbst den Anstieg der Klagen habe man nach drei Jahren wieder im Griff.

voK

Als Berichterstatter ...

... zum ersten Mal im Ausschuss der Regionen: Michael Schroeren (CDU). Der Landtagsabgeordnete aus Mönchengladbach trug in Brüssel der Fachkommission für Kultur, Bildung und Forschung seinen Entwurf zum Thema „Europäischer Forschungsraum – neue Perspektiven“ vor. Die Kommission nahm Schroerens Entwurf einstimmig an.

Foto: Privat

Porträt: Josef Hovenjürgen (CDU)



tern am See gehört, das wiederum eine Kommune des Kreises Recklinghausen ist.

Die Hovenjürgens sind in Lavesum seit dem 17. Jahrhundert ansässig, fest verwurzelte Bauersleute seit Alters her. Auch Josef Hovenjürgen begann als Landwirt, und das schon nach der Schule mit 15 Jahren, nach dem frühen Tod seines Vaters. Als ältester Sohn (mit vier Schwestern) musste er de facto Verantwortung übernehmen, de jure trug sie die Mutter, bis Josef volljährig war.

Der Hof war eher klein: 23 Hektar, davon 15 Hektar bloß Pachtland. Seit kurzem ist Hovenjürgen als Bauer ein freier Mann, er hat das, was Eigentum war, verpachtet. Die vier Kinder des Ehepaars Hovenjürgen werden also keine Spuren im Acker mehr hinterlassen. Ob sie einst auch Lavesum verlassen werden? Mag sein, Josef Hovenjürgen jedoch kann sich das für sich nicht vorstellen. Das „Egal-wo-ich-gebraucht-werde-ich-gehe-überall-hin“ ist seine Sache nicht.

VORBILDER

Flexibel und aufgeweckt war Hovenjürgen dennoch schon als junger Bursche, der beruflich danach strebte, neben der Landwirtschaft weitere Eisen im Feuer zu haben. Er machte eine Ausbildung als Gesundheitsaufseher beim Kreis und arbeitete als Fleischbeschauer. Zur Politik zog es ihn früh. 1983 trat Hovenjürgen in die CDU ein. Wohin sonst, scheint er gedacht zu

haben, denn erstens entsprach das der Familientradition, und zweitens hat die Union in Lavesum Monopolstellung.

Große politische Vorbilder hatte Hovenjürgen nie. Deutlich beeindruckt spricht er nur von Karl-Josef Laumann, weil der das politische Herz auf dem richtigen Fleck habe und im Übrigen glaubhaft christlich, sozial und bodenständig aufträte: „Wir bräuchten mehr von solchen Typen.“

Hovenjürgen, der verschmitzt lachen kann und gemütlich wirkte, spräche er nicht so gehetzt, isst sehr gerne und liebt es, mit einem Glas Rotwein sowie einem historischen Buch vor dem Kamin zu sitzen. Ärger kann er sich beispielsweise über Windkraftanlagen, das hässliche Windrad in direkter Nachbarschaft, überhaupt über die Energiekosten-Verteuerung durch die störenden Anlagen. Ihn wurmt auch nach wie vor, dass Grüne Naturschutz gegen Bauern und nicht mit ihnen machen wollten.

Hovenjürgen möchte so lange wie es geht die Mandate im Kommunalrat und im Landtag miteinander in Einklang bringen. Das ist nicht einfach: die Zeit, die Zeit, die fehlende Zeit!

Hovenjürgen blieb schulische Weiterbildung versagt, weil er mit 15 „ins Geschirr“ musste und ihn später die vielen politischen Ämter und die wachsende Familie voll forderten. Der Abgeordnete zitiert einen Bekannten mit ähnlichem Werdegang: „Meine Uni war die Straße.“

In über 20 Ehejahren haben die Hovenjürgens nur 19 Tage Urlaub gemacht. Das soll nun endlich besser werden. Seine Frau tendiert zu Skandinavien-Ferien, er möchte gerne Richtung Süddeutschland oder in die neuen Bundesländer. **Autor: Reinhold Michels**

Der CDU-Abgeordnete Josef Hovenjürgen redet extrem schnell – gleichsam ohne Punkt und Komma. Man denkt als sein Gegenüber auch dies: Die Leute aus dem Dorf sind auch nicht mehr so ruhig, wie sich in städtischer Hektik groß Gewordene das vorstellen mögen. Hovenjürgen (Geburtstag am 10. Januar 1963) stammt aus dem südmünsterländischen Lavesum, einem Nest, das zu Hal-

Sieg mit einem verjüngten Team

Zahlreiche Verletzungen zwangen den FC Landtag, das Team im Rückspiel gegen den WDR Südwestfalen völlig umzukrempeln. Darum mussten drei Youngster ihr Debüt geben. Alexander, Marvin und Klaus wurden ins kalte Wasser geworfen. Es sei vorweg gesagt: Sie haben sich gut geschlagen.

Der FCL präsentierte sich in der Abwehr gut organisiert: Mit dem Routinier Reinhard Jung im Kasten, dem gleichermaßen agilen wie disziplinierten Norbert Killewald auf der linken und dem defensiv wie offensiv starken Jörg Krause auf der rechten Außenbahn. In der Abwehrmitte fing Stojan nicht nur ab, was abzufangen war, sondern setzte auch spielerische Akzente im Spiel nach vorn. Dabei harmonisierte er prächtig mit dem technisch versierten und dribbelstarken Ibo, der im Mittelfeld des FCL gemeinsam mit Jürgen Unruhe die Fäden zog. Nach anfänglichem Stottern lief der Motor des FCL immer runder,

die nun wirklich nicht eingespielte Mannschaft setzte die Akzente. Erneut aber erwies sich der WDR-Keeper als vortrefflich in seinem Fach und machte die Chancen des FCL zunichte.

Überraschend, aber durchaus als Parallele zum Hinspiel, dann der Rückstand für die Landtagself. Über den rechten Flügel kam der WDR, Pass in den Rücken der Abwehr – gegen den Schuss aus acht Metern war Reinhard Jung machtlos. Sollte es etwa genauso kommen wie im Hinspiel? Der FCL wollte dieses Schicksal nicht akzeptieren, und Willi Nowack gab die passende Antwort. Mit zwei blitzsauberen Toren schoss der Essener Vollblutstürmer den FCL zum Sieg.

Die Revanche für die vorangegangene Niederlage gegen den WDR war dem FCL geglückt. Das Tor zum lukrativen europäischen Wettbewerb blieb ihm allerdings verschlossen. Nach der 0:2 Niederlage im Heimspiel reichte der 2:1 Sieg in Rothemühle nicht zum Weiterkommen. ■

Herausgeberin: Die Präsidentin des Landtags

Nordrhein-Westfalen, Regina van Dinker, Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf

Redaktion: Jürgen Knepper (Chefredakteur), Axel Bäumer (Redakteur), Bernd Schälte (Fotoredaktion)

Redaktionelle Mitarbeiterin: Doro Dietsch
Telefon (0211) 884-2304, 884-2545, 884-2309 und 884-2450
Fax 884-3070, email@landtag.nrw.de

Redaktionsbeirat: Peter Biesenbach MdL (CDU), Parlamentarischer Geschäftsführer; Carina Gödecke MdL (SPD), Parlamentarische Geschäftsführerin; Johannes Rimmel MdL (GRÜNE), Parlamentarischer Geschäftsführer; Ralf Witzel MdL (FDP), Parlamentarischer Geschäftsführer; Achim Hermes (CDU), Pressesprecher; Thomas Breustedt (SPD), Pressesprecher; Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher; Wibke Op den Akker (FDP), Pressesprecherin. Nachdruck mit Quellenangabe erbeten

Satz: de haar grafikdesign, Köln · www.dehaar.de

Herstellung und Versand:

VVA Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Höherweg 278, 40231 Düsseldorf

Internet-Adressen: www.landtagintern.de, www.landtag.nrw.de

LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichten Papier gedruckt.

Geburtstagsliste

Vom 21. September bis 13. Oktober 2007

21.9. Dieter Hilser (SPD)	54
26.9. Winfried Schittges	61
27.9. Dr. Jens Petersen (CDU)	37
27.9. Monika Ruff-Händelkes (SPD)	47
29.9. Svenja Schulze (SPD)	39
2.10. Michael Breuer (CDU)	42
9.10. Stephan Gatter (SPD)	52
10.10. Ewald Groth (GRÜNE)	54
11.10. Prof. Dr. Rainer Bovermann (SPD)	50
11.10. Helga Giebelmann (SPD)	58
12.10. Dr. Fritz Behrens (SPD)	59
13.10. Franz-Josef Knieps (CDU)	65
13.10. Wolfgang Schmitz (CDU)	59

Marc Ratajczak (CDU) hat die achtbeste Website aller deutschen Landtagsmitglieder. Sechs Plätze hinter dem Landtagsabgeordneten aus Mettmann erscheint Sigrid Beer (GRÜNE). Die Zeitschrift politik&kommunikation hat in ihrer Septemerausgabe die Internetauftritte von 2.456 Bundes- und Landtagsabgeordneten bewertet.

Kurt Nowack (SPD), Abgeordneter aus Essen und Mitglied des Landtags von 1970 bis 1985, ist 85 Jahre alt geworden. Der gelernte Schlosser war im Bergbau tätig, trat vor 50 Jahren der Sozialdemokratie bei und engagierte sich in der Lokalpolitik sowie in der Gewerkschaft Bergbau und Energie. Im Wahlkreis 63 errang er bei der Landtagswahl 1985 mit 71 Prozent landesweit den höchsten Stimmenanteil für die SPD.

Heike Gebhard (SPD), Abgeordnete aus Gelsenkirchen, ist neue gesundheitspolitische Sprecherin der SPD. Sie gehört den Ausschüssen für Arbeit, Gesundheit und Soziales sowie Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie an.

Hans Paumen ist im Alter von 78 Jahren gestorben. Der CDU-Politiker war von 1970 bis 1985 Landtagsabgeordneter und vertrat im Parlament auch die Belange seiner Heimatstadt Düsseldorf. Nachdem er 1948 in die CDU eingetreten war, führte er zwölf Jahre lang die Junge Union, wurde zudem bereits mit 21 Jahren Vorsitzender der CDU Mörsenbroich und dann der CDU Unterrath.

Landtagsandacht

Der Beauftragte der Evangelischen Kirchen bei Landtag und Landesregierung, Rolf Krebs, sowie der Leiter des Katholischen Büros, Dr. Karl-Heinz Vogt, laden die Abgeordneten des Landtags NRW am 20. September 2007 ein: Um 8 Uhr zum Parlamentsfrühstück im Landtagsrestaurant und um 9.15 Uhr zur Landtagsandacht im Raum E 3 Z 03.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Viele junge Gäste ...

... hatte das nordrhein-westfälische Parlament am vergangenen Sonntag. Es war Kinderfest im Landtag und um den Landtag herum. Wie echte Besucher wurden dabei die Mädchen und Jungen von der Spitze des Hauses in Gestalt von Vizepräsident Oliver Keymis (im Hintergrund) empfangen. Sie konnten sich in das eigens für den 53. Weltkindertag aufgelegte „Goldene Buch des Landtags“ eintragen, und sie erfuhren spielerisch, aber mit durchaus ernst gemeintem Hintergrund, wie die Volksvertretung arbeitet. Auch Aktion und Unterhaltung kamen nicht zu kurz. Landtagspräsidentin Regina van Dinkerhoff wertete rückblickend das Kinderfest im „Hohen Haus“ als großen Erfolg und als gelungenen Schritt zu einer Politik, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen in den Mittelpunkt rückt.

Foto: Schälte